

**Senatsverwaltung für
Schule, Jugend und Sport**

Berlin

**Forum Wertebezogene Bildung
in der Demokratie**

**„Wertebezogene Bildung in der Demokratie“ –
Was soll, was kann die Schule leisten?**

**Podiumsdiskussion
am 17. Januar 2000
in der Friedrich-Ebert-Stiftung**

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

**Akademie der
Politischen Bildung**

Forum Wertebezogene Bildung

**„Wertebezogene Bildung
in der Demokratie“ – Was soll,
was kann die Schule leisten?**

**Podiumsdiskussion
am 17. Januar 2000 in der
Friedrich-Ebert-Stiftung,
Berlin**

PROGRAMM

Eröffnung und Begrüßung:

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Einleitung:

Klaus Böger,

Senator für Schule, Jugend und Sport

Es diskutieren:

Wolfgang Thierse,

Präsident des Deutschen Bundestages

Dr. Wolfgang Huber,

Bischof der Evangelischen Landeskirche in Berlin-Brandenburg

Georg Kardinal Sterzinsky

Erzbischof von Berlin

Wilfried Seiring,

Direktor des Ausbildungsinstituts für humanistische Lebenskunde

Sanem Kleff,

Aktionsbündnis gegen Wahlpflichtfach
Religionsunterricht in Berlin
Stellv. Landesvorsitzende der GEW Berlin

Moderation:

Ralph Bollmann,

TAZ, Berlin

Eröffnung und Begrüßung

Dr. Johannes Kandel, Akademie der Politischen Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste herzlich willkommen zu unserer Veranstaltung „*Wertebezogene Bildung in der Demokratie – Was soll, was kann die Schule leisten?*“ hier im neuen Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, das am 13. Dezember 1999 von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Holger Börner, eröffnet worden ist. Es soll ein Ort des Dialogs und des produktiven Streites zu gesellschaftlichen Grundfragen sein.

Das Interesse einer politischen Stiftung an den Fragestellungen, die mit dieser Veranstaltung aufgeworfen werden, konzentriert sich darauf, was eine pluralistische Gesellschaft zusammenhält, was den demokratischen Institutionen Leben und Nachhaltigkeit verleiht, was zur Orientierung des einzelnen und zu seiner politischen Mündigkeit beiträgt. Politik ist nicht denkbar ohne Wertvorstellungen, Ideen und Überzeugungen. Zivilgesellschaft und Demokratie sind nicht vorstellbar ohne Werte wie Menschenwürde, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Dialog in der Spannung von Konflikt und Konsens. Jede Gesellschaft sieht sich der Frage ausgesetzt, wie sie ihr Überleben organisiert, wieviel „Sozialkapital“ sie hat und wie sie das „Sich-füreinander-verantwortlich-fühlen“ an kommende Generationen weitergibt. An dieser Überlebensaufgabe sind viele Instanzen beteiligt, die Schule ist als „Haus des Lernens“ und Erfahrungsraum eine unter ihnen. In unserer aktuellen gesellschaftlichen Situation, die seit langem mit den Stichworten Globalisierung, Individualisierung, Pluralisierung von Wertorientierungen, Lebensweisen, Alltagsästhetiken und Denkmuster mehr oder weniger zutreffend beschrieben wird, kommt es darauf an, Dialog zu ermöglichen.

- Dialog, der zum Verständnis der Verschiedenheit von Religionen, Weltanschauungen und Kulturen und ihrer Geltungsansprüche führt,
- Dialog, der schließlich auch zur Verständigung über gemeinsame Wertgrundlagen beiträgt.

Das dies möglich ist zeigen viele positive Ansätze des interreligiösen und interkulturellen Dialogs im nationalen und internationalen Rahmen. Das dies ständig gefährdet ist, zeigen Tendenzen, religiöse und kulturelle Unterschiede zu politisieren und neue Verfeindungen zu schaffen. Als Friedrich-Ebert-Stiftung sind wir daran interessiert, Foren der Verständigung zu bieten, die Konflikte nicht aussparen und Interessengegensätze offen benennen. Steitkultur ist für die Demokratie unverzichtbar. Sie setzt den Willen zum Verstehen Wollen und zur Verständigung voraus.

Wir sind gerne der Anregung des Senators für Schule, Jugend und Sport gefolgt, den Dialog zu wertbezogener Bildung in der Demokratie nach Kräften zu begleiten und allen denen, die sich hier beteiligen wollen, ein Forum zu bieten. Wir danken der Dame und den Herren auf dem Podium, dass sie sich bereit erklärt haben, zu diskutieren und sicherlich auch zu streiten. Der Streit um den Religionsunterricht ist vielleicht deshalb so tiefgehend, lang und bisweilen auch bitter, weil es hier in einer komplexen Mischung um grundlegende gesellschaftliche Fragen geht: um Wertefragen, das Staat-Kirche Verhältnis, um positive und negative Religionsfreiheit, um Eltern- u. Schülerrechte, um Lehrerrechte und Lehrerausbildung, um Interessen von Religions- u. Weltanschauungsgemeinschaften, um Lernziele, Unterrichtsinhalte, pädagogische, schulrechtliche und finanzielle Dimensionen. Lassen Sie uns einen klaren Kopf behalten und im Streit der "Modelle" die dahinter liegenden grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen nicht ausblenden. In diesem Sinne wünsche ich unserer Veranstaltung einen guten Verlauf und Ihnen allen eine spannende Diskussion.

(Beifall)

Ich gebe das Wort jetzt an Herrn Schulsenator Böger.

Klaus Böger, Senator für Schule, Jugend und Sport:

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kandel, zunächst einmal recht herzlichen Dank, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung in diesem wunderschönen Gebäude, in einer gegenwärtig noch etwas verlassen aber bald ganz vitalen Gegend, uns hier Gelegenheit gibt, zu dieser Veranstaltung. Ich freue mich sehr über die lebhaftige Teilnahme und den Besuch. Ich darf einfach mal für mich – ich bin ja hier und da gescholten worden, vielleicht auch zu Recht – noch einmal feststellen: ganz offensichtlich habe ich durch leichtfertige oder fahrlässige – ich lass das mal dahin gestellt sein – Äußerungen zumindest ein offenkundiges Problem und Interesse in dieser Stadt geweckt. Ansonsten kann man es nicht erklären, dass an einem Montag abend, bei so viel konkurrierenden Möglichkeiten in dieser weltanschaulich neutralen, liberalen Stadt mit so vielen Angeboten, Sie durch Ihr Hiersein Ihr Interesse an diesem Thema bekunden. Schon allein das, so empfinde ich, ist ein Erfolg.

Wenn man in diesen Tagen über Werteerziehung in der Schule diskutiert, ist man gewiß – lassen Sie mich das einmal ideologiekritisch sagen – sehr mutig. Gegenwärtig erschüttert unser Land eine Affäre, vielleicht mehr als eine „Affäre“, ich rede von den Parteispenden-Affären. Offensichtlich ein bewußter Verstoß gegen Gesetze erschüttert unser Land und kann das Vertrauen in Politik zerstören. Und schließlich das Vertrauen in den demokratisch legitimierten Gesetzgeber. Andererseits zeugt es auch von der Stärke unserer Demokratie, vor allem auch der Kraft der vierten Gewalt, nämlich der Medien. Die Öffentlichkeit erhebt völlig zu Recht den Anspruch, dass sich niemand, auch und gerade keine hochrangigen Politiker, gleichgültig welcher Provenienz, leichtfertig über gesetzliche Gebote hinwegsetzt. Es bleibt aber in der Tat schon zu fragen, wie es Klaus Klemm vor einiger Zeit schon gesagt hat, warum eine „bis auf die Knochen unerzogene Erwachsenenwelt“ für die Jugend eine grundlegend ethische Orientierung verlangt, wo sie doch selbst, und nicht nur in den Augen der Jugend, über die geredet wird, den geforderten Maßstäben oft gar nicht oder nur unzureichend gerecht wird. Tatsache bleibt aber, dass dieses Dilemma die Forderung an einen wertevermittelnden Unterricht mit Sicherheit nicht überflüssig, sondern nach meiner Überzeugung, im Gegenteil, noch eindringlicher macht.

Was haben wir denn in der Berliner Schule für eine Orientierung? Muss man alles neu erfinden? Den meisten von Ihnen dürfte die grundlegende Orientierung unseres Schulsystems bekannt sein. Es ist der § 1 des Berliner Schulgesetzes. Ich will den nicht in ganzer Länge zitieren aber es ist ein nach wie vor beachtenswerter und wichtiger Paragraph. Dort heißt es:

„Aufgabe der Schule ist es alle wertvollen Anlagen der Kinder und Jugendlichen zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln. Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, unter Gleichberechtigung der Geschlechter, zu gestalten. Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewußt sein und ihre Haltung muss bestimmt sein von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gesinnung der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie einer friedlichen Verständigung der Völker. Dabei sollen die Antike, das Christentum und die für die Entwicklung zum Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen ihren Platz finden.“

Meine Damen und Herren, damit ist, was häufig in Vergessenheit gerät, der umfassende Auftrag der Berliner Schule formuliert. Gewiß kann man den heute, ich darf mal sagen, mit anderen Worten, noch komplizierter, mit mehr Spiegelstrichen formulieren aber klar wird, dass die Berliner Schule, wie jedes Bildungssystem, einen allgemeinen Erziehungsauftrag hat und dass sie die Schule nicht nur als „Lehrstoffdeponie“ be-

trachtet, über die man streiten kann, was hineingehört und was nicht. Und klar ist auch, dass diese Persönlichkeitsbildung und diese Werteerziehung für das gesamte Schulsystem gilt und dass dieser Auftrag nicht auf ein Fach reduziert werden kann. Alle Fächer sind gefordert, was nicht heißen kann, dass kein Fach einen Beitrag leistet. Gewiß ist die politische Bildung, über die wir in der nächsten Runde diskutieren werden, an hervorragender Stelle zu nennen. Gewiß gibt es auch viele andere Fächer, die hier einen Beitrag leisten können und es muss gefragt werden: Kann denn dieses System Schule tatsächlich solche Persönlichkeiten heranziehen? Dabei muss in die Überlegungen mit einbezogen werden, was in der Literatur häufig als „versteckter Lehrplan“ bezeichnet wird. All dies wird kritisch zu befragen sein. Heute möchten wir, und ich sehr dankbar, dass sich so hervorragende Persönlichkeiten dazu bereit erklärt haben, über eine Berliner Spezifik diskutieren: Die Aufgaben des Religions- und Weltanschauungsunterricht im Zusammenhang mit wertorientiertem Unterricht. Ich bin Herrn Bollmann von der TAZ dankbar, dass er die Diskussion heute abend leiten wird.

Ich habe diese Debatte gerne angestoßen, von der ich mir wünsche, dass sie über eine kurzatmige parteipolitische oder ideologische Position hinausgeht. Ich glaube, dass wir auch nach dieser Debatte weiterkommen können und die Fragestellung, wie ich sie vielleicht etwas verkürzt formulieren kann, etwas auflösen werden. Was ist die gegenwärtige Situation in Berlin am Beispiel Religionsunterricht? Wir haben das Berliner System, eine Besonderheit mit der sogenannten „Bremer Klausel“, die beinhaltet, dass wir konkurrierende Angebote, Religionsunterricht, Lebenskunde setzen gegen die Hauptkonkurrenz, nämlich Freizeit zu haben, überhaupt nichts zu tun. Das ist die gegenwärtige Situation. Die Frage ist, kann es möglich sein, in Berlin zu einem anderen System zu kommen, statt der Großkonkurrenz Freizeit ein Wahlpflichtfach einzuführen, bei dem sich Schülerinnen und Schüler zwischen Ethik einerseits, bzw. Religionen, Religionsunterricht und Lebenskunde entscheiden müssen und nicht nur Freizeit wählen können. Mein Kollege in Brandenburg, der immerhin sogar SPD-Vorsitzender in Brandenburg ist, hat kürzlich in einer Zeitung, die eine bemerkenswerte Beilage über die Stadt Berlin produziert, gesagt, das Berliner Modell, das sei das absolut schlechteste. Sie wissen, in Brandenburg gibt es das L-E-R Konzept, auch das wird von den Kirchen nicht goutiert, ich will so weit nicht gehen.

Ich finde nur, es lohnt die Mühe und die Anstrengung, diese Debatte, die es in Berlin schon lange gibt, erneut aufzunehmen und im Laufe des Jahres, im Zuge eines Schulreformgesetzes so oder so zu entscheiden und zu einem neuen, wie ich hoffe, zu einem anderen Ergebnis zu führen. Aber, Dialoge brauchen Positionen, die habe ich auch, aber die Position eines Senators ist nicht automatisch die entscheidende, dazu braucht man nicht lange politische Bildung betrieben zu haben, obwohl man manchmal den Eindruck hat, dass wenn ein Senator etwas sagt, sei es gleich Gesetz, das ist glücklicherweise nicht so. Nein, wir brauchen Positionen. Ich habe eine Position, ich bin aber gespannt auf den Dialog und setze darauf, dass man in einem herrschaftsfreien Dialog weiterkommen kann.

Ich bedanke mich bei ihnen, dass Sie uns heute so prominent zur Verfügung stehen und übergebe jetzt das Wort an Herrn Bollmann. Vielen Dank.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Schönen Dank Herr Böger. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind, heute abend. Herr Böger hat mal in einem Interview gesagt, der Religionsunterricht sei nicht die Gretchenfrage von Bildungspolitik, offenbar gibt es weite Kreise in der Stadt, die das anders sehen. Ich darf ihnen zunächst die Diskussionsteilnehmer vorstellen, sofern das überhaupt noch nötig ist. Von ihnen aus gesehen, auf der äußersten Linken, sitzt **Bischof Wolfgang Huber**, Landesbischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg. Dann **Sanem Kleff**, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW, **Wolfgang Thierse**, der Bundestagspräsident und auf der anderen Seite des Podiums, was keinesfalls, das werden Sie ja auch gleich sehen, mit den Positionen zum Religionsunterricht zu tun hat, **Kardinal Georg Sterzinsky**, Erzbischof von Berlin und auf der äußersten Rechten, von ihnen aus gesehen, **Wilfried Seiring**, ehemaliger Leiter des Landesschulamts.

Ich möchte die Diskussion gerne so allgemein und grundsätzlich beginnen, wie sie auch im Titel der Veranstaltung angekündigt ist, nämlich die Frage, Werteerziehung im engeren Sinne eines wertbezogenen Unterrichts, soll es das an den Schulen überhaupt geben? Das ist ja nicht so selbstverständlich wie es einem aus der deutschen Sicht scheinen mag, es gibt ja Länder wie Frankreich und die USA z.B., die das überhaupt nicht haben. Deshalb möchte ich gerne zuerst Bischof Huber fragen, warum sollte es wertbezogenen Unterricht an der Schule geben?

Bischof Wolfgang Huber:

Zunächst einmal muss ich sagen, dass ich die ursprüngliche Formulierung des Themas, so wie sie mir mitgeteilt worden ist, ein Stückchen klarer fand. Herr Senator Böger hat mich eingeladen zu einer Veranstaltung über „Religionsunterricht und Werteerziehung in der Berliner Schule“, das fand ich deswegen ganz hilfreich, weil Religionsunterricht sich nicht in Werteerziehung erschöpft und ich in der Tat erhebliche Bedenken habe gegen ein Fach, das nichts anderes zum Gegenstand und zur Aufgabe hat als bloß Werterziehung.

(Beifall)

Dabei lasse ich die Schwierigkeit einmal auf sich beruhen, die wir uns eingehandelt haben in der deutschen Debatte durch das Hochjubeln des Wortes „Werte“, als ob es in der ethischen Orientierung der Menschen um nichts anderes als um Werte ginge. Das ist äußerst problematisch. Es geht um Güter, es geht um Tugenden, es geht um Pflichten, es geht um Haltungen. Es geht keineswegs nur um Werte. Ich habe manchmal den Eindruck, wir sind ein Opfer der Ökonomisierung des Denkens auch noch, wenn wir über Ethik reden, indem wir nur noch den Wertbegriff verwenden.

(Beifall)

Es ist vollkommen richtig, dass – ich nehme jetzt das Wort, weil es so eingeführt ist – Werteerziehung – und das ist eine Stärke der Berliner Schule, dass es in dem § 1 aus-

drücklich steht – Aufgabe der Schule insgesamt, nicht nur übrigens der Schulfächer, sondern auch des Schullebens, der Schumatmosphäre, der Schulgemeinschaft ist. Aber dass man versucht, das im praktischen Leben zu vermitteln, schließt nicht aus, sondern macht notwendig, dass man an bestimmten Stellen ausdrücklich darüber nachdenkt, was man tut, wenn man sich an Werten orientiert und warum man es tut. Was man tut, wenn man versucht, mit seinen Mitmenschen verantwortlich umzugehen und warum man es tut. Was man tut, wenn man, um die Diskussion dieser Wochen aufzunehmen, sich an Wahrfähigkeit orientiert, auch dann wenn es anstrengend ist und sich nicht abfindet mit einer Gesellschaft, wo diejenigen, die die obersten Hüter der Gesetze sein wollten und sich dafür ausgegeben haben, gleichzeitig, wenn es ihnen paßt, davon nichts mehr wissen wollen.

Orte braucht man, an denen darüber ausdrücklich nachgedacht wird. Und da kann es nicht sein, dass die Berliner Schule für dieses Nachdenken einen Vorrang für Ethik ohne Religion etabliert. Da muss es so sein und kann nicht anders sein, dass auch das Nachdenken über eine Ethik aus Religion an der Berliner Schule ihren eigenen Ort hat. Ich will am Anfang dieser Diskussion ganz klarstellen: Der Verweis auf den § 1 des Berliner Schulgesetzes ist gut und richtig und die Berliner Schule ist zu Recht stolz auf den Paragraphen; ein bißchen mehr könnte sie noch stolz sein, wenn er sozusagen durchgängig die Schulwirklichkeit prägen würde. Aber auch wenn das alles der Fall wäre, wären besondere Fächer, in denen Berliner Schülerinnen und Schüler verpflichtet sind, jedenfalls an einer Stelle ihrer Schulkarriere, sich mit diesen Begründungsfragen ausdrücklich auseinanderzusetzen, zwingend notwendig. Und von daher sage ich mit großem Nachdruck: Es ist kein Ausweis von Fortschrittlichkeit, sondern es ist ein Ausweis von Rückschrittlichkeit, dass das Berliner Schulwesen, als das einzige Länderschulwesen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, einen solchen Ort in Gestalt von ordentlichen Unterrichtsfächern nicht kennt. Das ist die Hauptbegründung.

(Beifall)

Und sich mit der These zu beruhigen, dass Werteerziehung doch Gegenstand der Schule insgesamt sei und deswegen keines besonderen Faches bedarf, hat genau dieselbe Logik – Altbischof Kruse hat darauf hingewiesen – wie wenn man sagen würde: Erziehung in der deutschen Sprache ist selbstverständlich der Schule insgesamt aufgegeben und dann daraus folgern würde: also brauchen wir keinen Deutschunterricht. Oder wenn man sagen würde: ästhetische Bildung ist selbstverständlich eine Aufgabe der Schule im ganzen, also brauchen wir keinen Kunst- oder Musikunterricht. Ertüchtigen sollen sich die Schülerinnen und Schüler in allem Unterricht und manchen Unterrichtsstunden tut es gut, wenn es zwischendurch mal zwei Minuten Stuhlgymnastik gibt, also brauchen wir keinen Sportunterricht. Es ist eine in sich nicht stimmige Überlegung. Und für den Religionsunterricht sage ich noch einmal ausdrücklich: Er hat seinen Sinn nicht nur darin, dass er Ethik aus Religion erklärt; er hat genauso seinen Sinn darin, dass er die grossen Fragen des Verständnisses der Welt, also der Kosmologie und des Selbstverständnisses des Menschen, also der Anthropologie, zum Thema macht. Er hat natürlich eine große kulturelle Aufgabe darin, die großen biblischen Traditionen und ihre gegenwärtige kulturelle Bedeutung zu erschließen. Eine Schule, an der es

keinen Ort gäbe, an dem Schülerinnen und Schüler lernen können, wer der barmherzige Samariter ist und was er bedeutet, was ein Kainsmal ist und was es nicht ist, ob die Heiligen Drei Könige eigentlich nach Hause zurückgekehrt sind oder nicht und die deswegen die heutige Literatur nicht verstehen, weil sie all das nicht mehr wissen, ist doch eine nicht mehr ausreichend kulturell ausgebildete Schule. Und deswegen sage ich: Man tut niemandem weh, aber man fördert die Bildung in der Berliner Schule, wenn man diese Fächergruppe unter Einschluss eines ordentlichen Religionsunterrichts nun wirklich zu Stand und Wesen bringt.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Frau Kleff, ich darf die Frage gleich an Sie weitergeben, die Frage nämlich, leistet die GEW der Ökonomisierung des Denkens selber Vorschub, indem sie ein Pflichtfach Ethik/Religion ablehnt und damit quasi eine religiöse-ethische Erziehung in der Schule ...

Bischof Wolfgang Huber:

Herr Bollmann, können wir uns darüber verständigen, dass das, was Sie jetzt sagen, niemand vorgeschlagen hat. Niemand hat ein Pflichtfach vorgeschlagen.

Ralph Bollmann:

Ein Wahlpflichtfach Ethik/Religion.

Bischof Wolfgang Huber:

Mit einer Mehrzahl von Fächern, kein Pflichtfach, auch kein einziges Wahlpflichtfach im Singular, sondern eine Fächergruppe...

(Beifall)

...Ich bitte um Entschuldigung, aber wir kommen doch ganz auf die schiefe Ebene. Es handelt sich um eine Gruppe von mehreren gleichberechtigten Fächern, zwischen denen Schülerinnen und Schüler sich frei entscheiden; also ist die Freiwilligkeit gewahrt, bloß Freiwilligkeit in der Wahl zwischen verschiedenen Fächern. Ich lege allergrößten Wert darauf, dass diese Diskussion ein Beitrag dazu ist, dass Irreführungen der Öffentlichkeit ein Ende haben.

(Beifall)

...und zu diesen Irreführungen gehört das Wort Pflichtfach.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Ich halte es, um das noch kurz zu sagen, nicht für eine Irreführung, wenn ich von der Fächergruppe Ethik/Religion insgesamt rede und sage – diese Fächergruppe insgesamt soll nach den Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen, ein Pflichtfach werden.

Bischof Wolfgang Huber:
Eine Pflichtgruppe, nicht ein Pflichtfach.

Ralph Bollmann:
Gut. Frau Kleff!

Sanem Kleff:
Ich freue mich ja Herr Huber, dass Sie offensichtlich hier dasselbe Interesse vertreten, was ich auch habe, nämlich Klarheit zu schaffen. Mit Mythen, Legenden und falschen Darstellungen aufzuräumen in dieser Stadt. Davon hatten wir genug, in den letzten Tagen allemal. Ich muss Sie enttäuschen, das, was Sie beschreiben, nennt man im Schulsystem „Wahlpflicht“, weil es die Pflicht gibt, sich unter einem dieser Angebote zu entscheiden und dieses Fach dann zwingend zu belegen. In der Regel gibt es Zensuren für ein derartiges Fach. Mir ist bekannt, dass innerhalb der Kirchen darüber nachgedacht wird, das Wahlpflichtfach Religion-Ethik/Philosophie möglicherweise nicht zu zensurieren. Das ändert nichts daran, dass die Terminologie, an der Sie sich offensichtlich stören, durchaus die objektiv richtige ist. Wir können ja vielleicht noch mal genauer darüber reden, warum dies ein so wichtiger Punkt ist. Ich möchte, bevor ich etwas zum Inhalt sage, eines klarstellen: Ich bin stellvertretende Vorsitzende der GEW aber sitze nicht in dieser Funktion hier. Das ist mir wichtig zu betonen. Ich sitze hier im Namen des „Aktionsbündnisses gegen die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion-Ethik/Philosophie“ und spreche auch im Namen dieser Gruppe, soweit wir dort Konsense und Vorschläge haben, die wir hier einbringen können. Das bitte ich, bei allem was ich sage, zu berücksichtigen und nicht als die Position der GEW aufzunehmen.

Werteerziehung an Schulen: Mich stört der Begriff nicht. Ich verstehe schon, was darunter gemeint ist. Für mich ist das kein Widerspruch: Werte, Tugenden, Haltungen. Das gehört zusammen. Man kann auch gerne einen anderen Begriff nehmen: Ethische Haltungen, Normen, Moral. Das gehört auch zusammen. Ja, selbstverständlich ist das Teil der Schule und das schlägt sich auch relativ konkret im §1 des Schulgesetzes nieder. Ich stimme der Aussage zu, dass die Schule den Auftrag von §1 tatsächlich nicht so umsetzt, wie wir es uns alle wünschen würden. Ich möchte aber auch gar nicht so sehr über diese Frage diskutieren, die ja eine originär pädagogische Fragestellung ist: Was ist der Auftrag von Schule? Was will die Gesellschaft an die nachwachsende Generation, an die Kinder und Jugendlichen, in welchem Zeitraum, in welcher Form vermitteln? Was sind die Kernpunkte dessen, was tradiert werden soll über die Institution Schule? Das sind einige klassische und zentrale Fragen, die sich die Pädagogik immer wieder stellt. Ich glaube, dass wir heute Abend aus einem anderen Grund hier zusammen sitzen. Es geht hier um eine klare politische Konzeption, die wir hier in Berlin haben, nämlich das „Berliner Modell“ und im Moment liegen Vorschläge auf dem Tisch, dieses zu verändern. Das „Berliner Modell“ ist ja kurz beschrieben worden und besagt, dass Berlin nicht verpflichtet ist, so wie es im Grundgesetz Artikel 7 steht, Religion als ordentliches Lehrfach einzuführen, sondern einer Ausnahmeregelung unterliegt. Übrigens ist dies nicht nur in Berlin so, wie Sie betonten, sondern, deshalb heißt die Regelung ja auch „Bremer Klausel“, eben auch in Bremen. Ich weiß, dass die Form der Praxis eine andere ist ...

(Zurufe aus dem Publikum)

Bischof Wolfgang Huber:
Es ist ein ordentliches Unterrichtsfach in Bremen. Insofern haben Sie unrecht und Herr Böger hatte recht.

Sanem Kleff:
Gut. Ich glaube, dass wir darüber reden müssen und wünsche mir, dass wir uns im Verlauf des Abends nicht zu sehr in den pädagogischen Ausführungen verlieren, wo wir uns in vielem sofort einig sein werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass hier ernsthaft einer von uns die Position vertreten wird, wir bräuchten nicht mehr Werte, wir bräuchten den Kindern keine Haltungen zu vermitteln. Das wird keiner behaupten und darum geht es auch nicht. Ich würde deshalb bitten, dass wir auf den Hauptpunkt, um den es geht, zurückkommen. Sonst weiß ich nicht, warum wir in dieser Zusammensetzung hier sitzen und nicht noch jede Menge Pädagogen in der Runde haben.

Ralph Bollmann:
Herr Thierse, Sie haben sich ja in dem konkreten Berliner Streit noch nicht geäußert, haben aber jetzt schon eine plastische Anschauung davon gewinnen können, wie erhitzt diese Debatte geführt wird in Berlin. Mich würde interessieren, wie sehen Sie die Debatte aus der etwas distanzierten Perspektive, können Sie nachvollziehen, dass Berlin an seiner Sonderregelung festhält oder würden Sie den Berlinern raten, auf den Weg der Mehrheit der Bundesländer einzuschwenken?

Wolfgang Thierse:
Zunächst einmal: So ganz distanziert bin ich nicht, ich bin Berliner Bürger, ich habe Kinder und ich habe selber in der DDR eine Schule hinter mir, eine sehr ideologiegeladene Erziehung. Da gab es keinen Religionsunterricht. Ich habe an der Schule keinen Religionsunterricht erlebt. Aber die Frage war ja zunächst allgemeiner formuliert, bevor wir in die erhitzen Details kommen, zu wertebezogene Bildung. Ich finde zunächst – das ist die richtige Debatte. Mich hat in den vergangenen Jahren immer geärgert, dass die bildungspolitische Debatte immer allzu schnell zu einer Debatte über 12 oder 13 Jahre bis zum Abitur, über Bafög, über Finanzfragen, alles ohne jeden Zweifel wichtige Fragen, die man beantworten muss, aber ich fand das immer eine Verkürzung. Ich dachte, wir müßten uns am Ende dieses Jahrhunderts, angesichts von so vielen Veränderungen, wieder neu über Ziele verständigen – von Bildung und Erziehung. Und danach fragen wie die Schule aussehen muss, welche Fächer in Frage kommen und welche Curricula wir brauchen. Und insofern finde ich diese Fragestellung zunächst einmal grundsätzlich richtig. Wenn wir schon jetzt wohltonend sagen, Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts, dann hoffe ich, sind wir ganz schnell einig. Aber das muss man gelegentlich festhalten, weil das nicht ohne Konsequenzen bleiben darf, dass Bildung eben nicht auf die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, Nutzung des Internets, Kenntnis von Fremdsprachen, naturwissenschaftlichen Kenntnissen, die ohne Zweifel wichtiger geworden sind, trotzdem darauf nicht reduziert werden kann und darf. Und dass eine Gesellschaft, um ihrer selbst willen, um des

Zusammenhalten wollen, ein Interesse daran haben muss, dass Menschen lernen, Sinnfragen zu stellen, über Ziele sich zu verständigen, insofern nach Werten und Tugenden zu fragen. Vor diesem Hintergrund, und wenn wir uns darin einig sind, will ich gestehen, dass mich bei dem Aufruf des „Aktionsbündnisses“ doch bestürzt hat, die Unterstellung, wie ich einer Bemerkung entnehme, dass die Fächergruppe Religion und Ethik/Philosophie nicht zur schulischen Grundversorgung gehöre. Nicht zur schulischen Grundversorgung! Ich halte das für ein fundamentales Mißverständnis. Wir müssen lernen, dass die Fragen nach Sinn, die Verständigung über Traditionen, über die Weise wie Menschen über Tugenden, über Werte, über Grundüberzeugungen sich verständigen, bedeutsam sind und was Menschen damit meinen. Wenn das nicht zur schulischen Grundversorgung gehört, dann glaube ich, dass die Schule ihren Bildungsauftrag verfehlt. Ich glaube nicht, dass unsere Gesellschaft angesichts von so vielen Veränderungen, nicht nur zu sozialer Verunsicherung führen, sondern wo wir massenhaft – ich will gar nicht klagen und nicht Schuld zuweisen – doch massenhaft Phänomene moralischer Entwurzelung erleben, wo der soziale Zusammenhalt eben nicht über den Markt vermittelt werden kann. Wo Menschen darunter leiden und hoffentlich auch weiterhin dagegen rebellieren, dass sie reduziert werden auf ihre marktgemäßen Rollen als Arbeitskraft und als Konsumenten. Das wir in einer solchen Situation glauben, dass die Institution, die die Gesellschaft sich eingerichtet hat für Bildung und Erziehung, nämlich die Schule, dass sie auf Sinnfragen, auf einen gesonderten Schwerpunkt, verzichten kann. Ich glaube nicht, dass wir uns dieses erlauben können, um des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen. Die Schule kann nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen. Aber die Institution der Familie ist geschwächt, die Institution der Kirche ist geschwächt, andere Großinstitutionen sind schwächer geworden. Und da sagen wir, da das alles so ist, dürfen wir auch die Schule damit nicht belasten, wir erlauben, dass nichts stattfindet. Ich glaube nicht, dass sich die Gesellschaft dies erlauben kann. Wir müssen ein Interesse haben, dass die Individuen ausgestattet werden mit der Fähigkeit, Menschen zu sein und das heißt mit der Fähigkeit, Sinnfragen zu stellen, eigene Überzeugungen zu erwerben, sie zu vertreten und darin auch Toleranz zu üben, dass sie andere Überzeugungen auch kennen. Und ich glaube, das ist auch der Sinn, der zentrale Inhalt einer solchen Fächergruppe Ethik/Philosophie und Religion. Wahlfreiheit ist im Sinne der Religionsfreiheit, die in unserer Gesellschaft gilt, dabei gewahrt.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Herr Kardinal Sterzinsky, eines der Argumente, das von den Gegnern eines Wahlpflichtfachs ins Feld geführt wird, ist ja, dass nur noch eine Minderheit, oder zumindest immer weniger Menschen in Großstädten wie Berlin, einer der beiden großen christlichen Kirchen angehören. Das ist ja in Berlin auch ein Argument, das in besonderer Weise auch die katholische Kirche trifft. Halten Sie das für ein ernstzunehmendes Gegenargument gegen die Einführung eines Wahlpflichtfachs?

Georg Kardinal Sterzinsky:

Ich verstehe den Minderheitenstatus eher als ein Gegenargument gegen die beste-

hende Regelung, wonach evangelischer und katholischer Religionsunterricht nur für die, wie Sie sagen, Minderheiten da ist, für die zahlenmäßig kleinere katholische und die zahlenmäßig größere evangelische Minderheit. Wenn das Ziel eine Bildung ist, die über Ausbildung für produktive Fertigkeiten hinausgeht, dann müßte es doch gerade eine solche Fächergruppe geben. Zwar kann man christliche Religionslehre der einen oder anderen Konfession nicht für alle verpflichtend machen, das ist völlig klar. Aber warum sollten Christen die Möglichkeit haben, in ihrem Religionsunterricht eine christliche Bildung zu erhalten, während denjenigen, die eine andere Anschauung vom Leben und der Welt haben, eine analoge Möglichkeit nicht geboten wird? Letztere müßten doch genauso in den Genuß kommen, auf einem pädagogisch verantworteten, intellektuell nachvollziehbaren, auch vom staatlichen Schulamt überprüften Niveau all das erfahren zu können, worauf hier abgezielt wird. Also gerade die Minderheitensituation bedeutet für uns, dass wir statt des einen Fachs oder der beiden parallelen Fächer, katholische und evangelische Religionslehre, diese Fächergruppe brauchen. Sie haben gesagt, Frankreich und die USA haben so etwas nicht. Nun gut, man muss sich ja nicht die Dinge zum Vorbild nehmen, die woanders nicht besser gelöst sind. Vor allem kann ich mir nicht vorstellen, dass in diesen Ländern die Wertebildung – um bei diesem einschränkenden Wort zu bleiben – ausfällt. Es gibt dort halt nicht dieses Fach, und zwar nicht in dieser Verantwortung. Aber deswegen fällt doch nicht diese Zielstellung aus. Man sollte vielmehr fragen: Wo hat sich Religionsunterricht als ein Fach, das Orientierung geben, Werte vermitteln und vor allem die sonstige Wertevermittlung reflektieren und begründen will, positiv ausgewirkt? Und dann wird man die Gründe finden, für die Fächergruppe einzutreten.

Ralph Bollmann:

Herr Seiring, darf ich den Gedanken von Herrn Sterzinsky gerade ein bißchen weiter-spinnen am Anfang. Sie sind ja einer der Verfechter des Berliner Modells. Im Grunde heißt das doch, dass was sie ablehnen, also evangelischen und katholischen Religionsunterricht in Berlin, den gibt es ja, auch wenn er freiwillig ist, dass was sie ablehnen ist im Grunde, dass diejenigen Schüler, die nicht diesen Religionsunterricht besuchen, ein Fach Ethik und Philosophie besuchen müssen.

Wilfried Seiring:

Meine Damen und Herren, liebe Mitdiskutanten, das ist gar nicht meine Frage. meine Frage ist, wenn ein Neuerer kommt, der reformieren will, welche Defizite beklagt er? Ich habe über die Wertevermittlung seit mehr als 10 Jahren im Zusammenhang mit der Gewaltprävention gearbeitet und ich weiß wovon ich rede. Herr Senator Böger hat ja zu Recht auf den § 1 hingewiesen. Das sind natürlich, Sie werden das gemerkt haben, viele Schlagworte. Die sind aber als verpflichtende Aufgabe für die Berliner Schule sehr genau und sehr pragmatisch, oft operationalisiert, ganz konkret, mehrfach im Rahmenplanwerk wiedergegeben. Abgesehen mal davon, dass der § 1 unseres Schulgesetzes widerspruchsfrei zu den Menschenrechten ist und in Übereinstimmung zum Grundgesetz und zur Landesverfassung. Es ist so, dass der Allgemeine Teil der Rahmenpläne, ich empfehle Ihnen die Lektüre der 12 Punkte, wohl die beste Grundlage bietet für das, was wir wünschen, was ich hier über Sinngebung gehört habe am Tisch, durchdachter und gründlicher als in anderen Bundesländern. Hinzu kommen die

Präambeln der Fachpläne, natürlich am stärksten in dem Rahmenplan Sozialkunde, einer wichtigen Grundlage für die politische Bildung oder für das Menschsein, wie hier gesagt wurde.

Wenn ich vom Werteverfall höre, denke ich eigentlich nicht in erster Linie an die Kinder, sondern an die Politiker, die nach delinquentem Verhalten nur soviel zugeben, wie ihnen nachgewiesen wird.

(Beifall)

Nein, Werteverfall ist nicht die erste Sorge, die ich habe, wenn ich an die Kinder denke, eher die Gesellschaft, die Bedingungen, unter denen sie aufwachsen. Wenn hier gefragt wird, wo ist der Ort für Wertevermittlung und Werteerfahrung, dann denke ich natürlich grundgesetz-konform: zuerst die Familie. „Zuvörderst“ heißt es im Artikel 6,2 des Grundgesetzes. Und ich weiß, welche Defizite es da vielfach gibt, aber doch bei einem Großteil der Familien eben nicht. Wie sind denn die empirischen Untersuchungsergebnisse? Die Shell-Studie belegt seit Jahren, dass wir ein gesichertes demokratisches Bewusstsein auch bei der Jugend haben, und bei Wahlen wird es immer wieder bestätigt. Die neue Untersuchung des „Stern“ zeigt: die Eltern sind im wesentlichen das Vorbild, und die Familie ist das Ziel. Man ist überrascht, es gibt da eine Änderung in der Einstellung. Allerdings zeigt die Merckens-Studie der FU, die wir damals in Auftrag gegeben haben und die uns über Jahre Ergebnisse über die Veränderungen liefert, - und da will ich gar nicht drüber weg reden - dass es sehr viele Gründe auch für Besorgnis gibt. Bei ca. 4 % ist die Familie, sind die häuslichen Verhältnisse, so problematisch, dass wir von einer gefährdeten Persönlichkeit beim Schüler sprechen, mit all den Charakteristika, die hier von meinen Vorrednern genannt werden. Die Studie spricht von weiteren 20 % problematischer Familienverhältnisse, die u.a. ein Selbstwertgefühl-Mangel erzeugen, eine geschwächte Ich-Identität und daraus eben kompensatorische Bedürfnisse. Daraus resultiert dann ein Fehlverhalten: wie Minderheiten missachten, Ausländer verfolgen, Fremde stigmatisieren usw. Und um diese Dinge muss es uns natürlich im täglichen Unterricht, bei der Erziehung generell gehen. Nun frage ich: Fehlt es denn an postulierten Werten in der Berliner Schule? Und meine Antwort ist, auch nach der Analyse einer Kommission der Senatsverwaltung nein. Ich folge auch gern dem Bischof Huber, es geht nicht nur um Werte. Es geht um Verhalten, um Einstellungen, z. B. Einstellungen, wie Mehrheiten akzeptieren, Minderheiten achten, Toleranz üben, Demokratie leben. Das sind Verhaltensweisen, die die Berliner Schule anstrebt und die die Lehrer täglich, stündlich zu verwirklichen suchen und wenn es nicht immer gelingt, meine Damen und Herren, dann gucken sie sich die Schule genau an; sie werden Defizite erkennen. Der Senator wird sehr viel Arbeit haben, den Unterrichtsausfall zu vermeiden, die Frequenzen nicht zu erhöhen, die Stundentafel nicht zu kürzen...

(Beifall)

... große Anstrengungen werden erforderlich sein, die Arbeitszeit der Lehrer in Übereinstimmung mit den Verbänden zu regulieren, und die Schulbauten zu sanieren. Wo ist das „Haus des Lernens“, das uns Geduld, Toleranz, Zuhören gestattet? Die

Schulstationen, höre ich, wird der Senat bewahren – alle? – und da bin ich ihm auch ausserordentlich dankbar. Wir haben erlebt, dass hier eine kompensatorische Möglichkeit in der Schule besteht. Und das brauchen wir dringend Wenn das Elternhaus bei diesem Prozentsatz, von dem ich gesprochen habe, versagt, dann kann keine andere Wertevermittlungsinstanz ausser in erster Linie die Schule, die Vereine, die gesellschaftlichen Organisationen, die Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften in Frage kommen. Bei der Analyse von Jugenddelinquenz konnte ich feststellen, dass niemals einer dabei war, der Mitglied eines Vereins war. Warum? Weil die Motivationslage, Mitglied in einem Verein zu werden und die Bestätigungschancen dort, die Verwirklichungsmöglichkeiten bestehen, kurz die Sinnstiftung erfolgt, von der heute Abend die Rede ist und die sonst in der Gesamtgesellschaft so gering gegeben sind. Ich will nicht Goethe als Oberguru hinstellen, aber der Satz gefällt mir: *„Es gelänge erzogene Kinder zu gebären, wenn die Eltern erzogen wären.“*

(Beifall)

Und in dieser Instanz, der Elternschaft, meine Damen und Herren, da gibt es einen beträchtlichen Mangel. Und der Mangel vergrößert sich, wenn sich in unserer Institution Schule die Rahmenbedingungen verschlechtern. Bei der Überlegung kommt noch etwas hinzu: Wenn ich es richtig sehe, werden wir stärker als heute zu einer multi-kulturellen, multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft hin erziehen müssen. Angesichts der nur 34,2 % Mitglieder bei den großen Kirchen ist das eine sehr schwierige Aufgabe, die das Toleranzgebot sehr strapazieren wird. Ein weiteres: Ich erlebe bei den Untersuchungen über die Delinquenz, dass zwei Faktoren von grosser Bedeutung sind. Das sind die Verlustängste, die die Jugendlichen haben, und das ist die Bindungslosigkeit. Und, meine Damen und Herren, das erwirbt man nicht in der Sekundarstufe I. Die prägenden Erlebnisse in bezug auf diese, für unsere Demokratie und für die Sozialität, die Kommune wie für die res publica, das erwirbt man prägend in den Jahren der Grundschule.

(Zuruf: Da muss die Schule anfangen, problematische Eltern zu erziehen, zu verantwortungsvollen Eltern!)

Wenn's doch so leicht ginge! Und wenn das Geld da wäre! Aber wegen der Bedeutung habe ich die Schule als zweite Instanz genannt. Wir werden vielleicht später hören, ob Sie Lösungsvorschläge haben, denn Sie werden mit Indoktrination und Zwang zur Eltern-erziehung nichts erreichen. Wir sind m.E. angewiesen auf den freiwilligen Zugang. Hartmut von Hentig beklagt zu recht, dass die staatliche Schule immer weniger Schüler erreicht, dass es ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Ergebnis gibt - trotz Schulpflicht.

Jetzt zur nächsten Frage aus der Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung: Welche Methoden werden denn vorgeschlagen, das zu vermitteln? Das muss ein Unterricht sein, der schülerorientiert ist, der handlungsorientiert ist, der altersgemäß ist, wo Individualisierung auch wirklich möglich ist. Da stellen sich Fragen nach Frequenzen und den Rahmenbedingungen, auch nach den Materialien. Und nun bin ich Pragmatiker, der auch an den Haushalt denkt. Wenn etwas Neues gewollt wird, dann müssen wir

zunächst das Vorhandene überprüfen. Es gibt viele Beschlüsse und Gremien-Aussagen, es beim Berliner Modell zu belassen. Was ich hier gefordert habe, kann der Sozialkundeplan bei Ausbau leisten. Leider, meine Damen und Herren, ist das so wichtige Fach – immerhin für die politische Bildung die Grundlage des künftigen mündigen Wahlbürgers – ein Drittel-Anhängsel des zweistündigen Faches Geschichte/Sozialkunde. Es wäre ein Leichtes, dieses Fach mindestens zu einem einstündigen Fach auszubauen.

(Beifall)

Das muss nicht bedeuten, dass wir in dem Unterricht zur politischen Bildung Längeweile erzeugen. Das ist doch die Frage der Methode.

Ralph Bollmann:

Herr Seiring, darf ich die Frage gleich dem Politiker hier am Tisch weitergeben?

Wilfried Seiring:

Wir kommen dann aber hoffentlich auf die Methode zurück.

Ralph Bollmann:

Wäre es nicht im Sinne einer Erziehung zu demokratischen Grundwerten wichtiger, den in der Tat stiefmütterlich behandelten Sozialkunde-Unterricht aufzuwerten?

Wolfgang Thierse:

Ohne Zweifel. Ich weiß nicht, wie stiefmütterlich er behandelt wird, aber das man an ihm arbeiten muss, seine pädagogischen Sortierungen verbessern soll, um mich mal ausdrücklich unfachmännisch auszudrücken, das ist ganz klar. Nur Herr Seiring, ich habe eine Schwierigkeit. Natürlich haben Sie irgendwie Recht, wenn sie sagen, mit der Gesellschaft, mit der Familie, sei ja alles in Ordnung mit Ausnahme der Politiker.

(Heiterkeit)

Das ist immer leicht. Aber dann kommen Sie doch auf den Mangel an erzogenen Eltern. Ich habe doch nicht behauptet, dass die Schule für mich das allein entscheidende Argument ist. Wenn wir eine krisenhafte Situation, ein Mangel, eine Problemlage sehen, dann hat die Gesellschaft nicht so sehr viele Möglichkeiten darauf angemessen zu reagieren. Natürlich können wir sagen, wir müssten die Eltern bessern und die Familie. Ohne Zweifel müssen wir vernünftige Familienpolitik machen. Und natürlich weiß ich auch, dass die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit einer der zentralen Voraussetzungen dafür ist, dass Eltern sich möglicherweise anders mit ihren Kindern befassen.

(Beifall)

Wer sozial sicherer ist, der ist auch ohne Zweifel freier und fähiger, Erziehungsarbeit zu übernehmen, all das ist richtig. Aber wir müssen doch nicht illusionär sein. Wir wissen, wir haben in diesem Lande eine Phase dramatischer Veränderungen vor uns,

wir sind mitten drin. Und in diesem Zusammenhang frage ich dann: Wie können wir Individuen befähigen – wichtigste Erziehungsaufgabe der Institution Schule! – wie können wir Individuen befähigen, mit solchen schwierigen Umbrüchen umzugehen? Und in einer solchen Situation stelle ich die dumme Frage, wie angesichts dessen, Mathematik ein Pflichtfach ist, Englisch ein Pflichtfach ist, usw., aber ein Fach, in dem es ausdrücklich um Orientierungswissen und um Sinnfragen gehen soll, kein Pflichtfach sein darf? Die Frage möchte ich gerne beantwortet wissen.

(Beifall)

Bischof Wolfgang Huber:

Die Frage, die Herr Thierse jetzt gestellt hat, muss in unserer Gesellschaft so beantwortet werden, dass die Antwort vereinbar ist mit der Religionsfreiheit aller Beteiligten. Und ich sage mit großem Nachdruck, dass mir an der Wahrung der Religionsfreiheit in der Schule am allermeisten liegt. Und dies bedeutet natürlich auch die Religionsfreiheit der Nicht- oder Andersglaubenden. Deswegen möchte ich keinen Religionsunterricht an der Schule haben, geschweige denn mich für ihn einsetzen, der diese Religionsfreiheit antastet oder in Frage stellt. Es muss beides gewährleistet sein. Es muss eine konstruktive Antwort auf Thierse's Frage geben, die sagt: Der Bereich des Orientierungswissens muss in der Schule ein vergleichbares Gewicht haben wie der Umgang mit Computern beispielsweise.

(Beifall)

Aber diese Antwort muss mit der Religionsfreiheit vereinbar sein. Und dies ist doch eine Aufgabe, mit der die staatliche Schule ganz besonders sorgfältig umgehen muss. Der Staat nimmt in Anspruch, im Regelfall das Bildungswesen zu organisieren. Dann kann und darf er den Bereich des Orientierungswissens nicht aussparen. Er ist zugleich aber selber zur Religionsneutralität, zur Zurückhaltung in solchen Orientierungsfragen genötigt; also muss er die beteiligten gesellschaftlichen Kräfte, unter ihnen die Religionsgemeinschaften, entsprechend zum Zuge kommen lassen. Deshalb ist der Artikel 7 GG, das nur nebenbei gesagt, nicht ein altes Privileg der Kirchen, sondern eine weise Antwort des Verfassungsgebers auf die Situation, in der der Staat als Schulveranstalter sich befindet. Und nun wird die Frage gestellt: Muss denn, selbst wenn wir diese Orientierungsaufgabe anerkennen, Religion überhaupt noch vorkommen, wo doch nur soundsoviel Prozent – 34,2 hat Herr Seiring gesagt, über die Prozentzahl streite ich jetzt gar nicht – von Schülerinnen und Schülern in einer der betreffenden Religionsgemeinschaften organisiert sind? Meine Antwort heißt: Ja – selbst unter Berliner Bedingungen, und das sind im Blick auf den Religionsunterricht, um mich milde auszudrücken, erschwerte Bedingungen. In den überhaup für eine solche Betrachtung in Frage kommenden Schulstufen ist der Anteil derjenigen Kinder, die Religionsunterricht besuchen, höher als der Anteil der getauften Schülerinnen und Schüler, die es in den entsprechenden Schulen überhaupt gibt. Dies gilt übrigens, und das ist aufregend zu beobachten, nicht nur für Berlin, es gilt auch für Brandenburg. Dort, wo wir die Chance haben, Religionsunterricht in Brandenburg anzubieten, stellen wir dasselbe fest. Das heißt, Eltern, die selber der Kirche nicht angehören, haben ein Zutrauen dazu,

dass Schülerinnen und Schüler im Religionsunterricht etwas lernen können, was ihnen nicht schadet, sondern nützt. Und da komme ich zu einem letzten Punkt, der mir sehr am Herzen liegt im Blick auf diesen schönen Goethe-Satz. Das ist ja wunderbar formuliert, und ein Goethe-Jahr hatten wir auch gerade. Bloß darf man doch aus dem Satz nicht eine Umkehrung machen, die sagt: Kinder, die keine Chance hatten, mit erzogenen Eltern aufzuwachsen, haben nie eine Chance, erzogen zu sein. Das dürfen wir doch miteinander nicht sagen!

(Beifall)

Und deswegen haben wir die Verpflichtung dazu, Schülerinnen und Schüler das Handwerkszeug in die Hand zu geben, was ihnen eine selbständige Urteilsbildung ermöglicht, auch in Fragen von Religion und religiöser Identität, Verständnis ihres Ortes in der Welt und Verständnis ihrer persönlichen Verantwortung. Diese Aufgabe haben wir; und in diese Aufgabe gehört auch das hinein, was wir heute abend besprechen wollen, nicht als die einzige Lösung und nicht in dem Sinn, dass jetzt irgend jemand behauptet, wenn wir erst mal diese Fächergruppe haben, dann haben wir alle Probleme gelöst. Mit keiner einzigen Maßnahme lösen wir alle diese Probleme. Und wenn wir einen Schritt weiter sind, werden wir auch noch immer viele ungelöste Probleme haben. Aber dass wir an einer Stelle, an der wir sehen, wir können etwas beitragen, dass wir da in dieser Stadt seit zehn Jahren auf der Stelle treten, das kann's meiner Meinung nach nicht sein. Denn bei allem schuldigen Respekt vor Senator Böger: Die Vorschläge, an die er angeknüpft und an die er erinnert hat, sind ja nicht erst seit Dezember 1999 auf dem Tisch. Ich tue ihm nichts Böses, wenn ich das sage. Die Sache, die Diskussion beginnt nicht jetzt, sie ist durch und durch und durch gearbeitet. Jetzt geht's nicht darum, diese Diskussion einfach wieder vom Nullpunkt zu beginnen, Taten wollen wir sehen!

(Beifall)

Ralph Bollmann:

OK, Frau Kleff, Sie wollten unmittelbar widersprechen.

Sanem Kleff:

Na, ich sehe doch die Notwendigkeit, an einigen Punkten konkret anknüpfen zu müssen, damit hier nicht alles in eine ganz eigenartige Richtung läuft. Ich knüpfe an ...

(Gelächter, Widerspruch und Beifall)

Ich sage gleich warum. Es ist ganz konkret. Auch was ich mit "eigenartig" meine, werde ich sagen.

Ich knüpfe an die letzte Aussage von Ihnen an, Herr Huber. Die Debatte um die Frage: bleibt das „Berliner Modell“, ja oder nein, und wenn nicht, was dann, das hatten wir schon vor Herrn Bögers Aussagen. Entsprechende Vorschläge seitens der Kirchen aber auch andere gibt es ja schon seit Jahren. Sie traten aber zu keinem Zeitpunkt so miteinander in Austausch, dass wir die Zeit wirklich produktiv genutzt hätten, um zu einem gemeinsamen Modell zu kommen. Vielmehr ist es so gewesen, dass jede Seite

versucht hat, über seine Wege und Mittel sein Modell durchzusetzen. Dabei ist jedem alles Recht gewesen, niemanden nehme ich hier aus.

Herr Thierse, ich knüpfe sofort an das an, was sie sagten. Sie bedauern, dass es in der Debatte gleich um Modelle und organisatorische Fragen geht. Vielmehr gehe es doch um Inhalte, wir müssten uns über Ziele, Zweck und Sinn von Bildung klar werden usw. Ich stimme Ihnen zu, aber genau das Gegenteil davon ist doch durch die Aussagen von Herrn Böger erreicht worden.

Ich lasse mal offen, welche Ziele oder Motive bei Ihnen, Herr Böger, dahinter steckten. Jedenfalls sagte Herr Böger, er könne sich vorstellen, Religion als Wahlpflichtfach einzuführen. Punkt. Da war eben kein Raum mehr zu diskutieren und auszuhandeln. Da wurde ein Ergebnis präsentiert, das ja schon seit Jahren ...

Wolfgang Thierse:

Ich bitte um Entschuldigung, das ist doch eine sehr vorsichtige Formulierung, ich kann mir vorstellen, das Vorsichtigste, was Politiker überhaupt sagen können.

(Heiterkeit und Beifall)

Sanem Kleff:

Gut. Bleibt trotzdem die Frage, warum diese Aufregung in der Stadt, wenn es hierbei nur um eine von vielen Vorstellungen von Herrn Böger handelte? Warum dann diese Aufregung?

(Anhaltende Heiterkeit)

Was ist überhaupt los? Dann wäre ja nichts dran an den Aussagen, dass Herr Böger sich dies und jenes vorstellen kann. Aber selbstverständlich wissen wir, dass es um etwas ganz anderes geht. Er ist nicht irgend jemand, sondern er ist der neu in Amt und Würden gekommene Schulsenator aus der SPD. Er ist also auch nicht aus der Luft gefallen, sondern kommt aus einer Partei, die eine explizite Position zu dem Thema hatte. Den Hintergrund will ich nicht weiter ausführen, ich meine nur, dass wir uns daran erinnern sollten, dass es Gründe dafür gibt, warum es eine gewisse Irritation in der Stadt gab. Man kann das nicht einfach damit abhaken indem man sagt, jeder Senator könne auch laut über Modelle nachdenken.

Das war auch der Grund dafür, warum sich das Aktionsbündnis zusammengefunden hat. Diese Irritation hat die jetzigen Mitglieder des Aktionsbündnisses dazu getrieben, sich zusammensetzen, in dem Wunsch, gemeinsam ihrer Stimme in dieser Stadt Gehör zu verschaffen. Es ist jetzt nicht fair, dem Aktionsbündnis Inhalte und Positionen zuzuschreiben oder gar Worte in den Mund zu legen, die so zu keinem Zeitpunkt vertreten wurden.

Eine dieser, wie ich finde, sehr unfairen Vorgehensweisen ist, zu behaupten, das Aktionsbündnis sei definitiv für die Beibehaltung des "Berliner Modells". Das kann keiner sagen, weil das Aktionsbündnis sich dazu überhaupt noch nicht geäußert hat. Das Aktionsbündnis hat lediglich gesagt, dass es gegen die Einführung von Religion als Wahlpflichtfach ist, was zum jetzigen Zeitpunkt natürlich heißen muss: Erst einmal das „Berliner Modell“ beibehalten.

Dann kommt aber die zweite Aussage: wir wollen ein „Dialogforum“, so haben wir es genannt, in dieser Stadt gründen. Bemühungen der Friedrich-Ebert-Stiftung gehen in diese Richtung. Und Ihre auch, Herr Böger. Jetzt geht es darum, einen wirklich breit angelegten Diskussionsprozess in dieser Stadt anzustoßen, zu organisieren, zu strukturieren, an dem alle teilnehmen sollen, die zu dem Thema etwas zu sagen haben.

Ralph Bollmann:

Können Sie mal kurz sagen, oder entwerfen, in welche Richtung mögliche Modelle gehen könnten, mit denen Sie sich einverstanden erklären?

Sanem Kleff:

Kann ich nicht. Und damit muss diese Stadt erst einmal leben. Ja, es kann nicht ... Es ist doch vollkommen logisch: Es tut sich ein Bündnis zusammen, das beklagt, dass bevor ein ausreichend umfangreicher Diskussionsprozess unter Einbeziehung aller Positionen gelaufen ist, schon Modelle in die Welt gesetzt werden, die man auch versucht umzusetzen. Konsequenterweise sagt das ...

(Zuruf, der darauf abhebt, dass Frau Kleff doch ein Konzept haben müsse. Wenn keines vorliege, zeige das doch, das die Diskussion in den Kirchen und in den Schulen an ihr und Herrn Böger vorbeigegangen sei. Empfehlung: Zeitung zu lesen!)

(Beifall)

Sanem Kleff:

Also sich informieren ist immer gut. Ob ich jetzt über die Zeitungslektüre der letzten Wochen viel weiter gekommen wäre, das wage ich zu bezweifeln und ich habe nur gesagt, dass das Aktionsbündnis kein eigenes Modell hat. Warum ist das so schwer zu verstehen? Das Bündnis fordert einen breit angelegten Dialog ...

(verhaltener Beifall)

... und an dieser Stelle ist zu sagen: nächste Woche Montag werden wir das „Dialogforum“ gründen und wir laden alle dazu ein, an dem Diskussionsprozess teilzunehmen. Dies sehen wir nicht als Alternative zu dem, was andere in der Stadt bereits tun oder noch tun werden, sondern möchten unseren Beitrag zu dem Diskussionsprozess leisten, so weit wir können und unsere Möglichkeiten es zulassen. Eine Position des Bündnisses wird es vielleicht zu keinem Zeitpunkt geben. Es muss nicht sein, dass die Mitglieder, die jetzt das Bündnis formieren, auch nur zu irgendeinem Zeitpunkt zu einem gemeinsamen Modell kommen. Das ist nicht unser Ziel.

Die einzelnen Mitglieder des Bündnisses wiederum haben durchaus eigene Modelle und Positionen, die sie ja zum Teil schon seit Jahren an die Öffentlichkeit tragen.

Ich bitte Sie, tun Sie doch nicht so, als seien die Mitglieder des Bündnisses Ihnen vollkommen unbekannt. Also Positionen, zumindest einiger Mitglieder, wie die des Humanistischen Verbandes, der Freidenker, der Jüdischen Gemeinde oder der Deutsch-Türkischen Gesellschaft sind doch nicht geheim in dieser Stadt. Das sind aber eben die Positionen der einzelnen Mitglieder und nicht die gemeinsame Position aller Bündnismitglieder. Und das wird die Stadt doch hinnehmen können, dass wir sagen: wir bege-

ben uns in einen ergebnisoffenen Dialog und knallen nicht Fertiges auf den Tisch.

Nun zu der Forderung der Studentenfach ein zusätzliches Fach hinzufügen: Wenn man in einer Runde sitzt, in der es zentral um Fragen der Ökologie geht, steht am Ende dieselbe Aussage. Es wird auch immer dasselbe Beispiel gebracht: Deutsch sei ja auch ein extra Fach und werde nicht so nebenbei abgehakt, also bräuchten wir auch ein extra Fach Ökologie. Geht es in einer Runde um Rassismus, dann ist die Forderung: wir brauchen ein Fach Antirassismus. Geht es um Gleichstellung heißt es ebenfalls: ein neues Fach soll her.

Ich möchte darum bitten, dass wir dieses Extra-Fach Argument genauer anschauen.

Und ein Letztes: Das Bündnis hat an keiner Stelle gesagt, dass die Themen und Inhalte von Religionen nicht in die Schule sollten. Wenn man sich die Mitglieder des Bündnisses genauer anguckt, dann sieht man ja, dass viele von ihnen es als ihre originäre Aufgabe ansehen, diese Inhalte an die Berliner Schule zu bringen.

Und an dieser Stelle vielleicht mal eine ganz persönliche Meinung. Ich meine sehr wohl, dass man diese Inhalte kennen muss. Nehmen wir das aktuelle Beispiel, das durch die Gazetten geht, jeder müsse wissen, was Sodom und Gomorrha seien, es ist klar, muss man wissen. Ich möchte allerdings auch wissen, was im Buddhismus eigentlich los ist ...

(Beifall)

Ich möchte auch wissen, wie die jüdischen Traditionen sind hier in diesem Land. Und ich möchte auch, dass die muslimische Perspektive hier berücksichtigt wird. Die demografische Entwicklung in dieser Stadt, bezogen auf Kinder und Jugendliche ist doch so, dass die Vielfalt deutlich zum Ausdruck kommt. Heute haben wir etwa ein Viertel Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache, die meisten von ihnen mit muslimischem Hintergrund. In zehn, fünfzehn Jahren wird der Anteil dieser Kinder drastisch steigen und zwar auf über 30 %. Also kann es nur ein Modell geben, in dem alle Anschauungen gleichberechtigt nebeneinander existieren.

(Beifall)

Und an dieser Stelle möchte ich eigentlich lieber über den Punkt, Pflichtfach oder nicht, mal am Beispiel eines anderen Anbieters diskutieren wollen, wenn wir noch dazu kommen.

Ralph Bollmann:

Sie haben ja jetzt schon angesprochen, ein doch konkretes anderes mögliches Modell, das etwa in die Richtung geht, was in Brandenburg mit L-E-R praktiziert wird, mit dem Unterschied, das es in Brandenburg den Religionsunterricht noch daneben gibt, nämlich so eine Art religionskundlicher Religionsunterricht für alle, der sozusagen die Grundlagen aller Religionen vermittelt, womit man dann auch dem Problem aus dem Weg gehen könnte, dass wenn die Kirchen nur noch Minderheitskirchen sind, dann ja auch nur noch eine Minderheit der Schüler mit den Grundlagen der christlichen Religion vertraut gemacht würde. Wäre das ein Modell, mit dem sich die Kirchen am Ende eines

solchen Diskussionsprozesses doch anfreunden könnten, Kardinal Sterzinsky?

Georg Kardinal Sterzinsky:

Ich will aber noch auf etwas vorher Gesagtes eingehen. Ich finde es merkwürdig, dass Frau Kleff dem Senator vorwirft, er habe etwas im Ergebnis vorweggenommen, wenn er sagt, er könnte sich denken, dass... Damit hat er ja gerade zu dem Dialog bzw. Disput darüber herausgefordert und kein Ergebnis vorweggenommen. Sonst könnte ich ja sagen: Ich danke Ihnen sehr, dass Sie dieses Ergebnis vorweggenommen haben und dass wir den Wahlpflichtbereich jetzt haben. Aber das kann ich eben nicht sagen, weil der Senator das Ergebnis offen lassen will. Ich finde es merkwürdig, dass Sie sagen: Wir haben kein gemeinsames Konzept. Aber in einem sind Sie sich einig: im "Gegen"! Das nehmen Sie sogar in den Titel ihres Bündnisses auf. Sie sind sich also in einem einig: in einer Gegenhaltung. Das ist eigentlich kein gutes und erst recht kein empfehlendes Zeugnis. Und zu ihrer Frage ...

Sanem Kleff:

Wissen Sie, das ist noch kein Modell. Dieser Punkt ist kein Modell.

Georg Kardinal Sterzinsky:

Natürlich gehört zum konfessionellen Religionsunterricht auch die Information über andere Religionen. Ebenso muss jeder konfessionelle Religionsunterricht ökumenisch gesinnt sein, sonst darf er gar nicht auftreten. Aber es ist ein Unterschied, ob ein authentischer Vertreter einer Konfession über die anderen Religionen informiert oder ob jemand ohne ausdrückliches religiöses Bekenntnis allgemein über Religionen referiert. Und im übrigen, wenn wir von der Fächergruppe reden, schließen wir islamischen Religionsunterricht nicht aus, im Gegenteil. Wir wüßten, wenn er an der Schule erteilt würde, dass er grundgesetzkonform ist, weil die Lehrpläne daraufhin ja untersucht werden. Wir werden uns ganz bestimmt nicht dagegen wehren. Wir haben vielmehr sogar empfohlen, dass es, wo es möglich ist, auch jüdischen und islamischen Religionsunterricht usw. an den Schulen gibt. Also es stimmt einfach nicht, dass die zwei Kirchen, die immer genannt werden, eine Monopolstellung einnehmen wollen und alles andere nicht zur Geltung kommen lassen. Religionsfreiheit heißt auch, Pluralismus in dieser Fächergruppe zu wahren.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Sie hatten eben so energisch mit dem Kopf geschüttelt als Frau Kleff ihre Position vorgetragen hat.

Wolfgang Thierse:

Zunächst einmal will ich ja die Übereinstimmung feststellen. Ich freue mich ja, Frau Kleff, dass Sie für das Aktionsbündnis eine Position geräumt haben, die mich etwas irritiert hat. Ich bin vielleicht nicht in allen bildungspolitischen Details der Debatte bewandert aber ich hoffe, dass ich noch Texte lesen kann. Der erste Punkt des Forderungskatalog des Aktionsbündnisses heißt, ich zitiere wörtlich: „Wir fordern: Die Erhaltung der bewährten und zeitgemäßen Trennung von Staat und Kirche im Bereich

der öffentlichen Schule Berlins und der uneingeschränkten Freiwilligkeit des Religions- und Weltanschauungsunterrichts“. Ich sage ja, eben haben Sie etwas anderes durchaus gesagt, vielleicht haben sie es nicht gemeint. Dies ist eine schlicht konservative Position, sie treten ein für die Beibehaltung des gegenwärtigen IST-Zustands.

Sanem Kleff:

Nein.

Wolfgang Thierse:

Das steht aber da, nicht anders kann ich einen Text lesen. Die „bewährte“! Und meine Position ist, dass dieses sich so nicht bewährt hat, dass wir jetzt neu darüber debattieren müssen, wie wir das, worüber wir geredet haben, Sinnfragen, Orientierungswissen, wie wir das als eine der wichtigen Aufgaben in den Bildungskanon auch der Berliner Schule übernehmen. Sie haben dann auch noch gesagt, das habe ich vorhin zitiert: Punkt 3, wir fordern, „angesichts der anhaltend knappen öffentlichen Ressourcen“ – ohne Zweifel richtig – „muss vor der kostenintensiven Einführung neuer Fächer in jedem Falle die stabile finanzielle Sicherstellung der schulischen Grundversorgung im Vordergrund stehen“. Wenn ich lesen kann, so habe ich das interpretiert, sagen Sie, dass Ethik und Philosophie und Religion, also ein Ort, wo Sinnfragen debattiert werden in einem Zusammenhang, nicht zur Grundversorgung gehört. Und das ist meine Hauptkritik an Ihrer Position. Die halte ich schlicht für reaktionär.

(Beifall)

Sanem Kleff:

Zu den beiden Punkten: Wenn Sie uns nicht von vornherein eine bestimmte Haltung unterstellen, sondern nur den Satz sich angucken würden. Da steht: „Die Erhaltung der bewährten und zeitgemäßen Trennung von Staat und Kirche im Bereich der öffentlichen Schule“ und die „uneingeschränkte Freiwilligkeit des bekennenden Religions- und Weltanschauungsunterrichts.“ Eine uneingeschränkte Freiwilligkeit des bekennenden Religionsunterrichtes ist in vielen Formen umsetzbar. Sie ist zum Beispiel theoretisch auch in einer Form umsetzbar, wo es ein Fach gibt für alle und daneben bekennenden Unterricht.

Mit der Aussage, dass wir die Trennung von Staat und Kirche in dem Sinne fordern, dass bekennender Religionsunterricht nicht zum Regelangebot gemacht werden soll, nicht zeugnis- und versetzungsrelevant sein soll, haben wir uns auf keine bestimmtes Modell festgelegt. Vielmehr haben wir ein Kriterium definiert und an dem, das ist keine Frage, hängen die Mitglieder des Bündnisses und wollen es, womöglich sogar aus unterschiedlichen Gründen schützen.

Nun zu dem zweiten Zitat, das Sie anführen: „Zuerst den Regelbedarf abdecken.“ Ich gebe Ihnen Recht, es ist missverständlich formuliert und ich verstehe, dass Sie es so interpretieren können, aber bitte interpretieren Sie hier nicht mehr rein, als da drin ist. Glauben Sie mir einfach, wenn ich Ihnen sage, dass wir damit nur meinen, dass zuerst der jetzt als Regelbedarf definierte Teil finanziert werden muss, bevor wir irgend etwas Neues tun. Womöglich haben wir es ungünstig formuliert, es ist aber nicht richtig, da jetzt viel mehr an Inhalten rein zu interpretieren, als uns je durch den Kopf gegangen ist.

(Heiterkeit)

Ralph Bollmann:

Ich habe jetzt hier auf dem Podium noch Wortmeldungen von Herrn Seiring und Herrn Huber und danach würde ich dann vorschlagen, dass wir die Diskussion ins Publikum öffnen, da es hier offensichtlich auch regen Diskussionsbedarf gibt.

Wilfried Seiring:

Eine der beliebtesten Redefiguren ist ja, dem anderen irgendeinen Popanz zu unterstellen, dann den Popanz zu töten und damit sozusagen das Totschlag-Argument gegen den Redner zu gebrauchen. Ich widerspreche Ihnen, lieber Herr Thierse, sehr, sehr ungern aber reaktionär würde ich die Position nun wirklich nicht nennen. Als sich nämlich Sozialdemokraten dem Bündnis angeschlossen haben, haben sie vor allem mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass die tradierte sozialdemokratische Position der Trennung von Staat und Kirche hier offenbar eine Änderung erfahren sollte – von einem sozialdemokratischen Senator, entgegen aller Aussagen im Wahlkampf.

(Beifall)

Das war nur ein Punkt. Aber jetzt kommen wir zu einem viel wichtigeren Punkt, denn der Senator Böger sagt ja erfreulicherweise und das höre ich immer wieder mit Dankbarkeit und möchte dass sie das auch wahrnehmen, dass es ein ergebnisoffener Dialog sei. Bei dem bin ich nämlich noch beteiligt. Und ich frage mich, wie wird das mit Ethik und Philosophie sein? Professor Leschinsky von der Humboldt-Universität hat mit Recht darauf hingewiesen, dass bisher überhaupt noch keine Untersuchung darüber vorliegt, wie die Wirkung dieses Unterrichts ist, ob denn die anvisierten Ziele überhaupt erreichbar sein werden. Ich sage mal schon in Klammern, dass ich meine Zweifel in bezug auf das veränderte Verhalten und die gewünschten Einstellungen habe, denn wir können die Ergebnisse der empirischen Entwicklungspsychologie nicht außer Acht lassen, ich denke auch an Kohlberg usw., die Herausbildung moralischer Einstellungen viel früher, in die Vorschule und die Grundschule nämlich, legen und später noch mal in der plastischen Phase der Pubertät den Jugendlichen eine Chance zur veränderten Einstellung geben. Auch deshalb müssten wir also früher daran denken. Es kommt noch etwas anderes hinzu. Ethik und Philosophie haben zum Inhalt ein sehr theoretisches, propädeutisches Inhaltsgebäude und mir sagen die Lehrer, dass nach einiger Zeit die Zahl der Mitglieder einer Lerngruppe schwindet, was verständlich ist, weil der Modellversuch eher Stoff für die Sekundarstufe II bietet. Das kann ich auch nachvollziehen. Sie werden, wenn sie beim Modellversuch den handlungsorientierten Ansatz wählen, vielleicht 14 Tage Stoff anbieten können, der mit Spannung und Interesse erörtert werden kann, als Themen z. B. „Was ist gut? Wann ist ein Mensch böse? Wie sollen wir sein? Wann ist das Leben sinnvoll? Woher kommen wir und wohin gehen wir nach dem Tode?“ usw., mit Spannung und Interesse erörtern können. Dann werden sie aber gezwungen werden, Texte lesen zu müssen, philosophische Texte, heuristisches Finden usw. und das dürfte die Anstrengungsbereitschaft, aber auch das theoretische Verständnis z. B. von Schülern in Klasse 7 und 8 der Hauptschule usw. sehr übersteigen. Ich habe da also meine Bedenken. Dann habe ich Bedenken wegen des Bekenntnisunterrichts mit Noten, Bischof Huber, vielleicht könnten Sie im nächsten

Beitrag darauf eingehen. Ich glaube, Sie haben einen missionarischen Auftrag, jedenfalls war das doch, wenn ich es richtig sehe, auch ein Beschluss der EKD. Und jetzt frage ich mich natürlich, verzichten Sie auf den, wenn Religion ein Fächerbestandteil wird oder muss man damit rechnen, dass ein Teil dieses missionarischen Auftrages auch denen gewiss ist, die an diesen oder jenen Gott glauben, also den Muslimen, Juden, Orthodoxen oder jenen, die konfessionslos sind. Werden Sie den missionarischen Auftrag verwirklichen? Dann wollte ich noch zu Herrn Thierse sagen: Die Frage nach Sinn. Ja, ich finde diesen Aspekt wichtig, auch den der moralischen Einstellungen. Aber, lieber Herr Thierse, wenn ein Deutschlehrer Anna Seghers behandelt, wenn ein Lehrer Camus „Die Pest“, wenn der „Faust“ behandelt wird, dann können Sie davon ausgehen, dass dieser Lehrer jeweils Sinnfragen mit den Schülern erörtert, die am konkreten Beispiel von großer Bedeutung sind. Und da er nach Schulverfassungsgesetz, § 10, Absatz 2 gehalten ist, nicht einseitig zu beeinflussen, aber andererseits seine subjektive Haltung dazu nicht zu verschweigen und andere Auffassungen, die dafür relevant sind, mitzuteilen, finde ich es wunderbar, was wir von einem Lehrer verlangen können. Ich erwarte, dass der Lehrer danach verfährt und dann wäre ich sehr zufrieden, wenn wir das in den vorhandenen Stunden verwirklichen könnten und bräuchten nichts darüber hinaus.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Herr Huber, darf ich die Frage gleich an Sie weitergeben? Möchten Sie in der Schule missionieren?

Bischof Wolfgang Huber:

Der Ort der Mission der christlichen Kirchen ist die Gemeinde, das weiß jeder. Und jeder weiß auch, dass die Kirche, wenn sie ihre Mitverantwortung im öffentlichen Bildungswesen wahrnimmt, dann den Bildungsauftrag ins Zentrum stellt und die religiösen Überzeugungen Andersdenkender in voller Weise respektiert, dies schon deswegen, weil sie das schon bei ihrem missionierenden Handeln tun würde. Insofern besteht da überhaupt kein Grund zur Besorgnis. Wenn Sie einen Ort finden wollen, an dem beispielsweise sensibel und rücksichtsvoll und behutsam mit den religiösen Einstellungen von muslimischen Schülerinnen und Schülern umgegangen wird in dieser Stadt Berlin, dann gehen Sie bitte in den evangelischen Religionsunterricht, z.B. in Kreuzberg.

(Beifall)

Und das „evangelisch“ sage ich, weil das auch öffentlich dargestellt ist. Den Namen kann man auch nennen, weil dieser Vorgang ja literarisch dargestellt ist. Der Unterricht den Frau Hockenjos dort hält, und er ist ein Beispiel für viele, zeigt, dass nirgendwo so sorgfältig, nämlich auf der Basis von wirklicher Kenntnis, mit den religiösen Überzeugungen von Muslimen beispielsweise umgegangen wird wie dort, weil natürlich evangelische Religionslehrerinnen- und Lehrer es sich zur Pflicht machen, die religiösen Überzeugungen derer, mit denen sie zu tun haben, auch wirklich zu kennen und die Toleranz, zu der sie erziehen wollen, auch wirklich zu praktizieren. Das ist

eines der Beispiele, an denen ich mir so von Herzen wünschen würde, dass diejenigen, die sich beispielsweise jetzt in Aktionsbündnissen zusammenschließen und eine ergebnisoffene Diskussion wollen, zunächst einmal die schulische Realität in diesem Unterricht wirklich anschauen.

(Beifall)

Und ich spreche hier in aller Form eine Einladung in den Religionsunterricht für diejenigen aus, die jetzt in einem Aktionsbündnis sich besonders hervortun. Hiermit ausgesprochen.

(Zuruf: Bischof Huber solle doch mal den Lebenskunde-Unterricht besuchen)

Ja, auf diese Einladung warte ich schon seit fünf Jahren, ich habe sie noch nicht gekriegt.

(Zuruf: Ha, ha)

Nix mit „ha, ha“. Ich habe vor fünf Jahren einem Gesprächspartner ausdrücklich gesagt, ich komme gerne und ich lese auch die Unterrichtsmaterialien sorgfältig, wenn man mir sie schickt; und diese Zusage steht natürlich nach wie vor.

Zweite Bemerkung, die ich auf dem Herzen habe. Der Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach beschädigt die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Kirche überhaupt nicht. Man kann doch nicht sagen, dass in anderen Bundesländern, z.B. Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern, um östliche zu nennen, die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Kirche schlechter gewährleistet wäre als in Berlin. Und ich füge hinzu: Im Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche gibt es kein Berliner Sonderrecht. Es gibt die gemeinsame verfassungsrechtliche Regelung für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Und ich habe vorhin zu zeigen versucht, dass diese den Religionsunterricht nicht nur erlaubt, sondern notwendig macht, weil alles andere eine Grenzüberschreitung des Staates wäre. Dann nämlich, wenn er einen staatlichen Monopolanspruch erheben würde darauf, was Schülerinnen und Schüler über Religion zu lernen haben und was nicht.

(Beifall)

Und das Dritte: der Ausdruck „bekennender Religionsunterricht“ ist kein Ausdruck unserer Sprache im Blick auf den Religionsunterricht. Der Religionsunterricht ist ein argumentativer, zu Urteilsfähigkeit führender Religionsunterricht und ist kein bekennender Religionsunterricht, so wie das in den Ohren derjenigen klingen soll, die Ihnen zuhören, Frau Kleff. Unser Religionsunterricht ist ein dialogischer Religionsunterricht, einer, der die Überzeugungen von Schülerinnen und Schülern achtet und ihre eigene Urteilsfähigkeit fördert und voranbringt. Und ich möchte gerne, dass der Religionsunterricht auch so wahrgenommen wird, wie er gemeint ist und wie er praktiziert wird. Er schränkt niemanden seiner eigenen Freiheit ein. Wer etwas anderes sagt, kennt ihn nicht; und ich bitte, dass wir über Dinge reden, die wir auch als solche zur Kenntnis nehmen.

(Beifall)

Fragen, Bemerkungen, Beiträge aus dem Publikum und Reaktionen der Podiumsdiskutanten

Die ersten beiden Fragen richteten sich an Bischof Huber: Was er vom sogenannten „Hamburger Modell“, eines „Religionsunterrichtes für alle“ halte und warum die Kirchen in Brandenburg gegen ein solches Modell Widerstand entgegengesetzten. Ferner sei Religionsfreiheit als „doppelte Freiheit“ konzipiert, d.h. als Freiheit *zur* aber auch *von* der Religion. Solange die Kirchen an einem Satz festhielten, wie z.B. *„Wertevermittlung ohne Religion ist wie Politik ohne Demokratie, es fehlt das Herz“*, solange dürfe sie sich nicht wundern, dass ihre auf Toleranz und Gleichberechtigung gerichteten Bekundungen skeptisch betrachtet würden.

Bischof Wolfgang Huber:

Erstens: Das Religionsunterrichtsmodell in Hamburg, das mit einem sehr anspruchsvollen, nach meiner Meinung auch ein bisschen überzogenen Titel, „Religionsunterricht für alle“ heißt, ist der Versuch, in einer religiös pluralen Situation den Religionsunterricht in kirchlicher Verantwortung ganz bewusst und pointiert auch für alle zu öffnen. Die Kritik hat sich daran entzündet, dass dann im Zuge der Weiterentwicklung verunklart worden ist, wer für diesen Religionsunterricht verantwortlich ist, und der Anschein erweckt worden ist, als komme es nicht mehr darauf an, von welcher Grundhaltung aus diejenigen unterrichten, die in die Verschiedenheiten der Religionen einführen. Die Kritik richtet sich gegen diese Verunklärung der Verantwortung für den Religionsunterricht, sie richtet sich nicht darauf, dass in diesem Unterricht Buddhismus und Islam vorkommen, auch nicht dagegen, dass in solchem Zusammenhang auch tatsächlich Gespräche geführt werden, z.B. buddhistische oder muslimische Einrichtungen aufgesucht oder Menschen eingeladen werden. Dagegen richtet sich die Kritik nicht. Kardinal Sterzinsky und ich haben ja übereinstimmend gesagt, dass nach unserer Auffassung dies ein selbstverständlicher Bestandteil christlichen, evangelischen oder katholischen Religionsunterrichts ist. Aber es muss klar sein, wer für diesen Unterricht die Verantwortung trägt. Und da mache ich eine Zwischenbemerkung zum Thema „multikulturell“ und „multireligiös“. Eine multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft ist eine sehr sehr anspruchsvolle und übrigens auch anstrengende Lebensform. Sie verlangt nämlich beides zugleich: dass die einzelnen ihren eigenen Ort in der Pluralität kennen und dass sie die anderen verstehen und zu tolerantem Umgang mit ihnen imstande sind. Es ist ein überhaupt nicht lebensfähiges Konzept von Multikulturalität, dass ich von allem den gleichen Abstand nehme, um es aus der Distanz anzugucken. Das ist überhaupt nicht lebensfähig und deswegen, finde ich, ist es eine der großen Aufgaben in diesem Jahrhundert, angesichts gewachsener und weiter wachsender gesellschaftlicher Pluralität diese anspruchsvolle Lebensform wirklich zu gestalten. Dazu braucht man auch einen sachkompetenten Umgang mit der Pluralität der Religionen und in diesem Umgang Lehrende, die in ihrer eigenen Position erkennbar sind und sich zu erkennen geben.

Damit bin ich bei dem zweiten Punkt: Natürlich schließt nach unserer Auffassung und nach unserer Verfassungsordnung Religionsfreiheit die negative Religionsfreiheit genauso ein wie die positive. Es gibt aber auch keinen Vorrang der negativen Religionsfreiheit vor der positiven. Sie schließt selbstverständlich gerade in Berlin ein, dass eine

Weltanschauungsgemeinschaft, der Humanistische Verband, ihrerseits die Möglichkeit hat, einen weltanschaulich geprägten Unterricht, einen weltanschaulich geprägten nicht-christlichen Unterricht an der Berliner Schule zu geben. Und dies übrigens nicht wegen der besonderen Größe dieses Verbands, sondern weil man Wert darauf legt, dass ausserhalb des christlichen Unterrichts auch noch ein anderer, nicht-christlicher, Unterricht da ist. Und alle, die sich zu diesem Thema geäußert haben in letzter Zeit, mich eingeschlossen, haben die Möglichkeit auch eingeschlossen, dass diese Art von weltanschaulichem Unterricht auch im zukünftigen Fächermodell seinen Ort hat. Aber was nicht geht ist, dass de facto dieser weltanschauliche Unterricht an die Stelle eines staatlich zu verantwortenden Ethik-Faches tritt. Das geht nicht.

(Beifall)

Und insofern unterstreicht diese Überlegung den Handlungsbedarf auch auf der staatlichen Seite und unterstreicht, warum wir diesen nächsten Schritt wollen. Übrigens Sie haben gemerkt, meine Kritik am Hamburger Unterricht ist, dass man nicht so genau weiß, wer für ihn verantwortlich ist; von daher weiß ich auch nicht, wer für den Satz verantwortlich ist, der da zitiert worden ist: „Wertvermittlung ohne Religion ist wie Politik ohne Demokratie, ihr fehlt das Herz“. Das ist ja schon als Aussage über die Politik ziemlich blöd, denn das Herz liegt ja nicht in der Staatsform, sondern das Herz liegt in den Menschen, die die Politik machen, beispielsweise mit mehr Aufrichtigkeit und Wahrheitssinn, als wir es in den letzten Wochen an einer bestimmten Stelle erlebt haben. Und dasselbe gilt natürlich auch im Blick auf die Wertevermittlung. Aber noch einmal sage ich, Toleranz bedeutet doch nicht das Verstecken der eigenen Wahrheitsüberzeugung und die Aussage über eine Wahrheitsüberzeugung kann doch auch einmal unbequem und ein bisschen kantig sein, es muss doch nicht alles so abgeschliffen sein, dass man am Ende die Differenz zwischen Christentum und Buddhismus überhaupt gar nicht mehr feststellt, weil alles so rundpoliert ist. Also nehmen Sie doch mal einen so kantigen Satz nicht so tragisch, selbst wenn er von jemand stammt, den ich gar nicht kenne und selbst wenn Sie wissen, in ein Religionsunterrichtsbuch, das ich zu verantworten hätte, käme dieser Satz nicht hinein, denn er ist wirklich blöd.

(Beifall)

Hans Beyer verweist auf die Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit, rät zum Abwarten der Stellungnahme des Lehrerbeirates und empfiehlt im Blick auf die Werteerziehung Lawrence Kohlberg zu lesen. Ein weiterer Frager gibt zu Bedenken, dass wenn die fächerübergreifende Wertevermittlung nicht funktioniere, dies auch nicht mit einem einzelnen Fach gelänge. Die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eveline Neumann mahnt, dass man die 30% Minderheit, die nicht am Religionsunterricht teilnehme, nicht ignorieren dürfe. Es sei unverantwortlich, Jugendliche in Gruppen ohne Aufsicht und ohne Angebot durch die Schulräume zu schicken, um sie anschließend zu bestrafen, wenn sie „Mist gebaut“ hätten. Der Streit um verschiedene Denkrichtungen müsse an einem Ort stattfinden, es ginge nicht an, dass über den Islam etwa nur im evangelischen Religionsunterricht informiert werde. Dies sei aber faktisch so. In allen Fächern müßten Sinnfragen gestellt werden. Die Irritation in der SPD-Fraktion sei nach

Bögers Vorstoß doch verständlich, da die Positionen vorher eindeutig anders waren. Schließlich zeigt sich Frau Neumann – an Sanem Kleff gerichtet - überrascht, dass das „Aktionsbündnis“ doch eher als „gegen etwas“ konzipiert sei, ein „Runder Tisch“ mit ergebnisoffener Orientierung sei besser.

Sanem Kleff:

Das Aktionsbündnis bleibt ein Aktionsbündnis gegen die Einführung von Religion als Wahlpflichtfach, da lässt sich nicht daran deuteln. Ich habe ja versucht, einige Argumente dafür zu benennen, warum es uns genau um den Punkt geht, warum wir das als einen zentralen Punkt sehen, ohne daraus automatisch schon ein ganz bestimmtes Modell abgeleitet zu haben. Das andere ist das „Dialogforum“, das ich ja angekündigt habe. Es heißt „Dialogforum zur Zukunft wertebbezogener Bildung in der Berliner Schule“. Jetzt werden Sie sagen, schon wieder Werte, das hört sich so materialistisch an, aber vielleicht kann man sich doch denken, was damit eigentlich gemeint ist. Und hier sollten wirklich alle mitdiskutieren und ihre Positionen einführen.

(Beifall)

Darf ich noch einen Satz sagen, was vorher hier ... Nur einen Satz, Herr Huber. Ich kenne den Unterricht der Kollegin Hockenjos sehr gut. Aber Sie wollen jetzt doch nicht ernsthaft sagen, dass dies die Regel sei? Sie sagen doch nicht ernsthaft, dass es keinen ausdrücklich bekennenden Auftrag für diesen Unterricht gäbe?

Also bitte, wenn Sie Beispiele bringen wollen und das Beispiel der Kollegin halte ich hervorragend, denn genau das wünschte ich mir in dieser Stadt, dann muss dafür auch nicht die Kirche der Träger sein.

Wenn Sie schon Beispiele bringen, können noch ganz anderer Kolleginnen und Kollegen genannt werden, die ähnlich hervorragenden Unterricht machen im Rahmen des evangelischen oder katholischen Unterrichts oder im Rahmen von Lebenskunde. Das ist gar nicht die Frage. Die Frage ist doch nur, wer ist der Träger und wo ist der bekennende Anteil?

Bischof Wolfgang Huber:

Können Sie mir erklären, warum die Kirche nicht der Träger eines hervorragenden Unterrichts sein darf, nach Ihrer Meinung? Was steckt eigentlich hinter dieser Aversion bei Ihnen?

Sanem Kleff:

Darf es absolut. Nur darf es dann nicht im Rahmen eines Wahlpflichtfaches sein, sondern nur uneingeschränkt freiwillig und ohne Zensur.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Sie haben eben so heftig genickt als es um das Thema Islamunterricht ging, deshalb will ich Sie gerne noch in aller Kürze fragen, ist nicht gerade das eher ein Argument gegen einen konfessionellen Unterricht und für ein religionskundliches Fach?

Wolfgang Thierse:

Das ist ein grundsätzliches Problem, ob der Staat eine Religionsgemeinschaft zwingen kann, sich selber zu verfälschen. Es gibt nicht Religion ohne confessio. Das gibt es nicht. Generell nicht. Es gibt ja auch, und jetzt bitte ich mir den Satz nicht übelzunehmen, Atheismus nicht ohne confessio. Ich bitte um Entschuldigung, ich habe immer déjà vue Erlebnisse, manche Militanz kenne ich aus meinem früheren Leben.

(Beifall)

Ich sage das, weil ich diese Art von Militanz für so überflüssig halte. Gerade islamischen Unterricht, wenn man ihn so einbettet, unterwirft man den Regeln des Grundgesetzes. So haben wir ihn an den Koranschulen und das halte ich für dramatisch gefährlich für unsere Gesellschaft.

(Beifall)

Erhard Kohlrausch übt Kritik daran, dass wer bei dem Modell Wahlpflichtfach und Fächergruppe am Religionsunterricht teilnehme, sich dann nicht an Ethik/Philosophie beteiligen könne. Es müsse doch so sein, dass unterschiedliche Strömungen zusammengeführt würden und die Auseinandersetzung stattfinden könne statt zu trennen.

Dr. Hans-Hermann Wilke verweist auf die lange Dauer der Diskussion um den Religionsunterricht, die deshalb so stark ritualisiert sei. Wolfgang Thierse habe aber neue Akzente gesetzt im Blick auf die Orientierung. An Wilfried Seiring gerichtet erklärt er, die Trennung von Staat und Kirche werde zum Fetisch, wenn nicht die historische Situation, in der sie entstanden sei, berücksichtigt und geschaut werde, was aus der Kirche gegenwärtig geworden sei. Er warnt vor einer weltanschaulichen Zersplitterung des öffentlichen Schulwesens in Deutschland. Wenn Weltanschauungen und Religionen nicht in der Schule fest verortet würden, dann bekämen wir das Problem der Konfessionalisierung, Verweltanschaulichung und Privatisierung von Schulsystemen. An Sanem Kleff stellt er die Frage, was sie unter „bekenndem Unterricht“ verstehe. Wir, d. h. die evangelische Seite wisse, was sie bekenne und dies sei vielleicht ein Vorteil an Rationalität.

Frau Gabriele Thieme-Duske, von der SPD-Fraktion kritisiert Bischof Huber, dass er den Bereich ausserhalb des Unterrichts abwerte. Doch sei das Schüler-Lehrer Verhältnis und die gesamte Schulkultur für Wertevermittlung entscheidend. Mit „predigen“ erreiche man nichts. Toleranz lernten die Schüler durch Praktizieren. An Wolfgang Thierse gerichtet unterstreicht sie, dass Schule die zeitgemäßen Antworten auf die Herausforderungen, wie wir sie hier Berlin vorfinden, finden müsse, Die Herausforderung sei doch die Entwicklung zu einer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft. Kinder aus 50 Nationen und aus 6 großen Religionen lernten in der Schule miteinander. Darauf müsse eine gemeinsame Antwort gefunden werden und keine, die die Kinder wieder in einzelne Gruppen zerteile. Die Fächergruppe bedeute, dass im bekennenden Teil eine Trennung erfolge. Die einzig „adäquate Antwort für Berlin“ sei dagegen das gemeinsame Lernen in einem einzigen wertevermittelnden Fach.

(Beifall)

Bischof Wolfgang Huber:

Erstens muss ich mal sagen: Die Art und Weise, wie das Wort „predigen“ verwendet wird, tut der Mehrzahl der Predigerinnen und Predigern unrecht. Auch Predigen ist eine rationale, nachdenkliche, dialogorientierte Art zu reden. Aber das nur nebenbei, weil ich zum Schutz der Tausenden von Pfarrerinnen und Pfarrern, die in unserer Kirche predigen, mich eingeschlossen, die abwertende Verwendungsweise des Wortes „predigen“ ab und zu einmal in Frage stellen muss. Aber das ist nicht die Hauptsache; sondern die Hauptsache ist, wir müssen eine gemeinsame Antwort auf diese Fragestellung finden. Diese gemeinsame Antwort kann nicht in einem Einheitsfach bestehen. Denn ein Einheitsfach, wie man die Sache dreht und wendet, ist mit der Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler nicht vereinbar. Aber richtig ist, dass im Rahmen der Lösung, die wir finden müssen, der Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen eine ganz wichtige Rolle spielt. Deswegen gehört zu unserem Vorschlag, dass gemeinsame Projektphasen zwischen diesen Gruppen durch die Rahmenpläne sichergestellt werden. Das machen Sie doch in der Berliner Schule in vielen anderen Unterrichtszusammenhängen auch. Deshalb steht in allen unseren Papieren drin: gemeinsame Projektphasen sind lebenswichtig. Aber man muss doch wissen: Auch in L-E-R in Brandenburg findet der Unterricht nicht im Klassenverband statt, sondern die Leute sind dort der Meinung, dass das intensive Gespräch mit Schülerinnen und Schülern über Wertfragen nur in der kleinen Gruppe stattfinden kann. Und ich würde denen in Brandenburg wünschen, dass sie so konsequent wären, dann diese Gruppen zu gemeinsamen Projekten zusammenzuführen. Und es ist ja nicht so, dass in der Mehrzahl von Fächern, die vorgeschlagen werden, nur homogene Gruppen entstehen; das ist ja überhaupt nicht der Fall. Ich habe Ihnen die vielen nicht kirchlich gebundenen Schülerinnen- und Schüler vor Augen gestellt, die in den Religionsunterricht gehen. Und gerade hat jemand gesprochen, von dem ich dann vermuten würde, dass er sein katholisch getauftes Kind vielleicht in den Ethik-Unterricht schicken würde. Warum denn nicht? Auch innerhalb der einzelnen Lerngruppen werden wir Pluralität haben. Und wir werden zu wichtigen Themen gemeinsame Projektphasen haben. Dann erst ist dies ein in sich stimmiges und vollständiges Konzept.

Und einen Satz muss ich sagen, zu diesem Thema: Toleranz durch das Schulleben. Vielleicht habe ich es nicht deutlich genug gesagt, aber ich habe in meiner ersten Stellungnahme ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Wertevermittlung in der Schule vor allem durch das Schulleben im ganzen passiert und nicht nur durch die einzelnen Fächer. Und es ist ganz richtig, dass man die Praxis der Toleranz vor allem durch das Leben von Toleranz lernt. Aber zu einem Bildungsprozeß gehört auch, dass diese Toleranz eine aufgeklärte Toleranz ist. Und zur aufgeklärten Toleranz gehört auch das Verstehen des anderen und deswegen auch Bildung, Information und Kenntnis. Ich bin sehr dafür, dass nicht diese Aspekte, die zusammengehören, z.B. Leben und Verstehen in der Schule, auseinandergerissen werden. Sie gehören, das wissen wir doch alle, zusammen.

Ralph Bollmann:

Herr Seiring, Sie sind direkt angesprochen worden, stellen Sie die Trennung von Kirche und Staat als Fetisch dar, schleppen Sie dies aus früheren Jahrhunderten noch mit sich herum?

Wilfried Seiring:

Der Begründungszusammenhang meines Satzes war ja der, dass ich erklären wollte, warum Sozialdemokraten dem Aktionsbündnis beigetreten waren. Man muss einfach sehen, dass im Wahlkampf kurz davor eine diametral andere Aussage gemacht wurde. Dass in der Koalitionsvereinbarung, nicht durch Zufall, keinerlei Aussage der beiden Partner CDU und SPD zustande kam. Dass sich nun ein bestimmtes Protestverhalten entwickelte, ist ja wohl eher verständlich. Dem Kollegen, so möchte ich den Kirchenschulrat doch ansprechen, dem gebe ich in der Sorge bezüglich des denkbaren Zerfalls der Angebote recht und in der Bedeutung eines einheitlichen Faches für alle würde ich ihm zustimmen. Das ist auch meine Sorge. Aber denen, die glauben durch das Angebot eines wertevermittelnden Faches, ausschließlich für Werte, dass man dadurch die Jugend zum Guten führt, denen möchte ich nur mit Hinweis auf die Delinquenzquoten von Frankfurt am Main oder von München bei Jugendlichen sagen, diese liegen nicht unter denen von Berlin, trotz der Religionsverpflichtung dort.

(Beifall)

Ich möchte aber noch etwas anderes sagen. Ein Biologie-Lehrer, der über die Gefährdung der Arten spricht und die Achtung vor der Kreatur nicht vermittelt, verfehlt seine Profession. Und wenn ein Deutschlehrer nicht in der Lage ist, Sinnfragen zu erörtern am konkreten Beispiel eines literarischen Textes, wenn er z. B. Paul Célan oder Lessings „Nathan“ behandelt, der verfehlt seine Profession. Ich habe nicht alle Politiker beschimpft, sondern nur bestimmte und ich habe gesagt, die erste Sorge sind die Kinder nicht, sondern die Verhältnisse, in denen sie aufwachsen müssen. Und deshalb habe ich von den Rahmenbedingungen in der Schule gesprochen. Da müssen wir uns doch die Ressourcen ansehen. Da war ich nur pragmatisch, wenn ich gesagt habe, was kostet das eine und was kostet das andere. Wenn wir das Fach Sozialkunde zu einem einstündigen Fach machen, mit vorhandenen, ausgebildeten Lehrern, mit einem ausgearbeiteten Curriculum in mehrfacher Revision, mit den vorhandenen Lehrbüchern, dann ist das realistisch. Und all die anderen Fragen, die hier angesprochen wurden in bezug auf die Achtung des Anderen, das Gespräch mit dem „Du“, das Zuhören-Können, das gehört in jedes Fach. Das ist die neue Aufgabe; der KMK-Präsident hat es gestern gesagt, dass der Lehrer nun stärker die Erziehungsverpflichtung empfinden muss angesichts des Erziehungsverlustes und der Orientierungsunsicherheit bei Eltern. Und natürlich muss nun die Schule an die Stelle treten. Aber mit welcher Kraft? Ich habe gegen die Kürzungen durch die Rasenmäher-Methode der Finanzsenatorin argumentiert, wohl wissend, dass Kürzungen notwendig sind, denn 10,2 Millionen DM Zinsen müssen wir täglich zur Abzahlung der Kredite zahlen und wir verschenken die Zukunft der Jugend. Also Kürzen ist notwendig, aber doch bitte mit Augenmaß und Prioritätensetzung. Und da gebe ich der Schule eine gewisse Priorität. Ich frage, wo soll das Geld herkommen, muss es ein neues Fach mit soundsoviel Millionen sein, wenn ich es mit Sozialkunde erreichen kann. Das war meine Zielsetzung. Das wir im ergebnisoffenen Dialog noch sprechen wollen, ob wir dieses oder jenes Modell präferieren, bleibt davon unberührt.

(Beifall)

Ralph Bollmann:

Können wir noch eine kurze Fragerunde einschieben, wir müssen allmählich zum Schluß kommen.

Herr Geth will das „Licht der Wissenschaft“ in die Diskussion tragen und empfiehlt die Anwendung meditativer Verfahren im Unterricht.

Herr Bruno Osuch bemängelt, dass die Kirchen den Staat mißbrauchten, um ihre Sorgen zu lösen, da ihnen „die Schäfchen“ wegliefen. Es dürfe doch nicht um den heißen Brei geredet werden, schließlich sei eines der wichtigen Motive in der Diskussion von seiten der Kirchen „Interessenpolitik“. An Bischof Huber gerichtet, beklagt er, dass, wenn dieser so vehement für Wertebildung und ethische Bildung in der Schule“ plädiere, die Kirchen in Brandenburg gegen das „hervorragende Fach“ L-E-R prozessierten. An Wilfried Seiring gerichtet kritisiert er die „Überfrachtung der Fächer mit Faktenwissen“. Wertefragen kämen kurz. Es müsse „Entschlackung der Rahmenpläne“ geben. Die Schaffung eines neuen Faches begegne er skeptisch, dies könne auch nicht, da sehr kognitiv angelegt, Sinnfragen von Schülern lösen. Schließlich verweist er darauf, dass Lebenskunde „stiefmütterlich“ behandelt werde, obwohl gerade sie einen steigenden Bedarf verzeichne. Es sei nicht gerechtfertigt, dass die Förderung pro Schüler geringer ausfalle als beim Religionsunterricht.

Ralph Bollmann:

Wenn wir jetzt noch die Gelegenheit zu kurzen Antworten vom Podium haben wollen, müssen wir die Saalrunde jetzt leider abbrechen. Meine letzte oder vorletzte Frage geht an Herrn Sterzinsky. Wenn die Kirchen für ein Wahlpflichtfach plädieren, mißbrauchen sie dann den Staat, um die Schäfchen, die sie verloren haben, wieder in den Religionsunterricht zu treiben?

Georg Kardinal Sterzinsky:

Natürlich wünsche ich, dass die Kinder, die am katholischen Religionsunterricht interessiert sind, an ihm auch teilnehmen können. Aber meine Sorge erstreckt sich auch und in gleicher Weise auf die, die nicht zu einer Kirche gehören, aber dennoch einer Erziehung dieser Art bedürfen. Diesen zwei Dritteln, die aus keinem konfessionellen Grund zum Religionsunterricht gehen, gilt meine Sorge, dass sie in den Erziehungsprozess hineingenommen werden. Im Übrigen prozessieren wir nicht gegen L-E-R, wir prozessieren für die Gleichberechtigung des Religionsunterrichts.

Sanem Kleff:

Ich wurde ja gefragt, was ich unter „bekennend“ verstehe, warum das quasi so schlimm sei in meinen Augen. Ich verstehe darunter genau das, was Sie jetzt beschrieben haben. Sie haben die Gründe dafür genannt, warum Sie gegen „Ein Fach für alle“ sind, indem Sie sagten, es müsse doch möglich sein, das Authentische zu vermitteln. Ja, das was Sie meinen mit „das Authentische“ und das was ich verstehe, wenn ich mir das Ergebnis der Synode der EKD vom November letzten Jahres angucke. Da steht nämlich ganz klar der missionarische Auftrag der Kirche drin. Dann sagt die Kirche von sich selbst: „Von dieser Tagung der Synode geht das Signal aus: die evangelische Kirche

setzt des Glaubenthema und den missionarischen Auftrag an die erste Stelle.“ Und ich könnte Ihnen noch zehn weitere Stellen zitieren, wo auch explizit gesagt wird ... Wieso lachen Sie einfach darüber hinweg? Ich finde schon, dass diese Aussage der Kirche es wert ist, genauer betrachtet zu werden und nicht einfach damit abgetan werden kann, dass alle, die sich dazu äußern, sage, so haben wir das überhaupt nicht gemeint.

Was ist sonst der Grund dafür, dass die Kirche die Verantwortung für einen derartigen Unterricht nicht abgeben kann, der für alle Kinder ist und nur den bekennenden Teil in ihrer eigenen Verantwortung freiwillig anbietet? Was sonst ist der Grund dafür? Denn gegen alles, was inhaltlich angeführt wird, hat doch niemand gesprochen! Dass das alte Testament und der Buddhismus usw. einbezogen werden sollen, dass wir das für dringend und wichtig halten, dagegen hat niemand was gesagt. Also bitte! Diese Schlussfolgerung: Alle diese Inhalte sind wichtig, Werte sind sowieso wichtig und deshalb brauchen wir die Religion, ist nicht logisch. Das ist eine Behauptung und nicht mehr. Nun zu dem Vater der neunzehnjährigen Tochter, so hat er sich vorgestellt. Er sagte: „Das Licht der Wissenschaft“ müsse in diese Debatte. Auf einer Ebene, und das meine ich ernst, sagt das Aktionsbündnis dieses auch. Wir haben ja deshalb auch gesagt, dass diese Stadt sich ausreichend Zeit lassen muss für diesen Diskussionsprozess.

Wir kennen auch die Gründe, die für den angeblichen Zeitdruck angegeben wurden. Dabei ist mit der L-E-R-Urteil, so nenne ich es jetzt mal kurz, ja nicht vor 2001 zu rechnen. Oder was auch immer wieder in der Argumentation angeführt wird, ist das neue Schulgesetz, in das wir die neue Lösung sofort einbauen müssten. Sicher müssten wir jede Änderung dort einbauen, aber mein Gott, man kann doch auch ein Schulgesetz in der Situation wie sie ist, samt „Berliner Modell“ verabschieden. Dann hätten wir schon mal andere Punkte geklärt und diesen Punkt könnten wir im Nachhinein immer noch verändern.

Wir sind also vehement dafür, wissenschaftliche Erkenntnisse hinein zu holen. Nur, wie sich das anhörte, was Sie hier sagten, dass „das Licht der Wissenschaft“ hier hineingebracht werden müsse, erinnert mich doch sehr stark von der Terminologie her an eine ganz bestimmte Weltanschauung, die von sich behauptet, dass sie die Lehre der Wissenschaft und ihr Modell der Meditation und der sonstigen Techniken für die Zukunft verkünden würde. Das ist genau das, was wir, glaube ich, alle nicht wollen können.

Wilfried Seiring:

Die Frage zur Entschlackung der Rahmenpläne. Ein sehr heikles Gebiet. Ich war selbst in einigen Fällen daran beteiligt und ich muss Ihnen ehrlich zugeben, dass wir auch, man kann sagen, erfolgreich gescheitert sind. Man muss das Scheitern erst mal registrieren. Ich sage das deswegen, weil die Teilnehmer in den Kommissionen natürlich gebildete, kenntnisreiche, erfolgreiche Lehrer sind und ein hohes Anspruchsniveau haben. Das setzen sie gerne als normales Maß um. Der konsequenteste Entwurf zur Entschlackung des Geschichtsplanes, der kommt aus Berlin, von dem Kollegen Matussek aus dem Pädagogischen Zentrum. Aber er wurde verworfen, weil er zu konsequent war. Ich kann das hier nicht differenziert begründen, aber ich will es doch erwähnen, weil es vielleicht später eine Rolle spielt. Und weil insbesondere, wenn wir über die Standards neu reden werden und über die Vergleichbarkeit von Leistungen, dann wird noch mal zu diskutieren sein, wie wir die Rahmenpläne entschlacken.

(Zuruf: Warum hat es denn seit 20 Jahren keinen neuen Sozialkunde-Plan gegeben, da waren Sie doch bei, das haben Sie verschlafen...)

Irrtum. Die Zuständigkeit für Rahmenpläne liegt bei der obersten Dienstbehörde.

Ralph Bollmann:

Ich fürchte wir müssen das jetzt im Raum stehen lassen, wenn Herr Thierse noch auf die Fragen von eben antworten soll.

Wolfgang Thierse:

Drei ganz kurze Bemerkungen. Ich will ausdrücklich sagen, es geht weder bei Philosophie, Ethik und Religionsunterricht um Predigt. Es geht um Wissen, um Fragen lernen, und um Umgang mit Überzeugungen. Das ist das, was ich für wichtig halte. Zweite Bemerkung, weil ich danach gefragt worden bin: Die Zerteilung des Klassenverbandes in einzelne Gruppen. Das halte ich noch immer für das stärkste Argument für L-E-R. Wir reden jetzt nicht über die konkrete Praxis, da fängt es an schwierig zu werden aber das ist ein wichtiges Argument. Es ist doch klar, wenn man von einem Fächerverbund redet, so stelle ich mir das vielleicht allzu naiv vor, da geht es um zwei gleichberechtigte Fächer mit abgestimmtem Lehrplan auf der Basis der Grundwerte Dies schließt islamischen Unterricht möglicherweise ein, mit fächerübergreifender Kooperation, mit integrativen Unterrichtsphasen, in einer von vornherein dialogischen Form.

(Beifall)

Ich will schließen, wenn Sie mir das erlauben, mit einem Zitat, weil das so beneidenswert gut formuliert ist – ich bin richtig neidisch – von Wolf Lepenies, der nach meiner Kenntnis kein kirchlicher Eiferer ist, sondern der sich, glaube ich, als einen gelassenen, aufgeklärten, nicht-kirchlichen Menschen verstehen würde. Der hat in einem Vortrag mal gesagt: *„Die postmodernen Spiele haben ausgedient, anything goes ist ein Slogan, der unendlich veraltet klingt und immer stärker sehen wir die Notwendigkeit ein, zum Wiedergewinnen von Werten beizutragen, die wir für lebbar und für lernbar halten. Wir brauchen neue und feste Überzeugungen, die auch alte Überzeugungen sein können, aber wir können sie nur im Bewußtsein leben, dass sie korrigierbar und veränderungsfähig sind.“* Und dann legt er ein Glaubensbekenntnis ab: *„Ich glaube an eine Aufklärung, die die Vernunft für unendlich wichtig aber nicht für unfehlbar und allein seligmachend hält.“* Das meine ich.


(Beifall)

Ralph Bollmann:

Das war jetzt ein schönes Schlußwort, Ich danke allen auf dem Podium, die sich beteiligt haben und Ihnen allen für die Aufmerksamkeit. Die Diskussionreihe wird fortgesetzt, das wurde ja schon gesagt, die weiteren Termine stehen noch nicht fest aber wer möchte, darf sich gerne noch am Ausgang in die Listen eintragen und bekommt dann die Einladungen zugeschickt.


(Beifall)

Die Podiumsdiskussion im Spiegel der Presse



BERLIN

online



Mittwoch, 19. Januar 2000
Berlin, 08:30 Uhr

Aktuelle Nach

HOME

POLITIK

WIRTSCHAFT

IMMOBILIEN

FEUILLETON

SPORT

FORUM

WISSENSCHAFT

MEDIEN

AUS ALLER WELT

HAMBURG

BERLIN

Berlin

Wirtschaft

Feuilleton

Sport

Specials

Serien

Potsdam

Wetter

Webtipps

Weltstadt Berlin

BAYERN

THE NEW BERLIN

WEBWELT

BERUFSWELT

AUDIOWELT

AKTION

NEWSTICKER

TAGESINHALT

WETTER

ABONNEMENT

MEDIA-INFO

ARCHIV

HILFE

IMPRESSUM

KONTAKT

ANMELDUNG

Breites Bündnis für Werteerziehung

Erregte Diskussion in der Ebert-Stiftung: Wolfgang Thierse für Wahlpflichtfach Religion/Ethik

Von Inga Griese

Im Streit um die von Schulsenator Klaus Böger (SPD) vorgeschlagene Pflichtfachgruppe Religion/Ethik/ Philosophie an Berliner Schulen hat sich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse deutlich für die Einführung ausgesprochen. "Wenn dieser Unterricht nicht zur Grundversorgung gehört, verfehlt die Schule ihren Bildungsauftrag", sagte der Politiker auf einer teilweise turbulenten Diskussionsveranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema "Wertbezogene Bildung in der Demokratie". Thierse, selbst bekennender Katholik, zeigte sich "bestürzt" über den Aufruf eines "Aktionsbündnisses gegen ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht", als dessen - wenig souveräne - Sprecherin die Vize-Vorsitzende der GEW, Sanem Kleff, auf dem Podium saß.

Das Bündnis hatte sich im Dezember vergangenen Jahres gegründet, nachdem Schulsenator Böger für die Einführung einer Pflichtfach-Kombination aus Religion und Ethik plädiert hatte. "Wir haben kein Konzept, sondern wollen einen offenen Dialog", sagte Frau Kleff. "Bildung kann nicht nur eine fachlich-technische sein", entgegnete Thierse. Angesichts der "moralischen Entwurzelung" müsse Orientierungswissen einen festen Platz im Bildungskanon haben. "Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, ausgerechnet in der Schule auf den Schwerpunkt Sinnfragen zu verzichten." Auch Kardinal Georg Sterzinsky ließ keinen Zweifel: "Wir brauchen diese Fächergruppe. Das bedeutet doch nicht, dass wir christliche Religionslehre für alle verpflichtend machen." Dem Argument, dass Frankreich oder die USA auch keinen Religionsunterricht an Schulen praktizierten, setzte Sterzinsky entgegen: "Man muss sich ja nicht die womöglich schlechteren Lösungen zum Vorbild machen." In den anderen Bundesländern habe sich Religionsunterricht schließlich positiv bewährt.

"Werteverfall ist nicht die erste Sorge, die ich habe, wenn ich an Kinder denke", sagte hingegen Wolfgang Seiring, ehemaliger Leiter des Landesschulamtes und jetziger Leiter der Humanistischen Akademie. "Mich beunruhigen der Ort und die Bedingungen." Es fehle nicht an postulierten Werten an der Schule, sondern an entsprechenden Verhalten und Einstellungen. Der Humanistische Verband - deutlich hörbar im voll besetzten Auditorium der Ebert-Stiftung vertreten - lehnt die Einführung des Wahlpflichtfachs Religion/Ethik ab, bietet er doch alternativ den Lebenskunde-Unterricht an.

Bischof Wolfgang Huber versuchte zunächst ein "gut gepflegtes" Missverständnis auszuräumen: "Die Kirchen wollen kein Pflichtfach Religion, sondern eine Gruppe von gleichberechtigten Fächern, zwischen denen die Schüler frei entscheiden können." Auch Klaus Böger lehnte die "Konkurrenz von Freizeit" ab. Das "Berliner Modell" sieht bislang nur eine freiwillige Teilnahme am Religionsunterricht vor, der von den Kirchen eigenständig unabhängig organisiert wird. Schon die Stundenplangestaltung

HILFE


ARCHIV


Channel:


Ressort:

Erscheinungsdatum:

→ Tagesinhaltsübersicht 19

 Druckversion

 Artikel versenden

 Leserbrief

DIE WELT

Kein Problem!

Suche im

WELT ARCHIV

WWW.SUCHE HIT INFOSEEK

macht den Schülern das Fernbleiben leicht.

Huber forderte: "Der Bereich des Orientierungswissens muss den gleichen Stellenwert haben wie Computerarbeit. Die Wahrung der Religionsfreiheit ist dabei selbstverständlich." Der Bischof sieht zudem einen klaren Elternwillen: "Selbst unter den beschwerten Berliner Bedingungen ist der Anteil der Jugendlichen, die den Religionsunterricht besuchen, weit höher als die Zahl der Getauften." Wenn also selbst konfessionslose Eltern meinen, dass ihre Kinder im Religionsunterricht etwas Gutes lernen, könne es nicht angehen, dass die Diskussion seit Jahren auf der Stelle trete: "Wir wollen Fakten."



↶ nach oben



BERLIN

Mittwoch, 19. Januar 2000

Auf der Suche nach den Werten eines Wahlpflichtfachs Religion

⏪ zurück

Bei einer Podiumsdiskussion mit Schulsenator Klaus Böger im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung waren die Befürworter in der Mehrzahl

📖 Leserbriefe

Börsenservice

Von Stefan Seewald

Lebhafter Abend bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tiergarten: Rund 500 Besucher waren am Montag gekommen, um einer Podiumsdiskussion zum Thema Wahlpflichtfach Religion an Berlins Schulen zu lauschen. Schulsenator Klaus Böger (SPD) hat entgegen der Linie seiner Partei die Einführung eines solchen Faches positiv bewertet.

Mehr über Berlin in:

• [Bezirke](#)

Lokalanzeiger - regionale Informationen für:

Vorgestern wollte er die «Forderung nach einem wertvermittelnden Unterricht eindringlicher stellen». In Anspruch nahm er, selbst durch «leichtfertige Äußerungen ein vorhandenes Interesse offenkundig gemacht» zu haben. Nicht nur das Publikum stand mehrheitlich auf der Seite der Religionsbefürworter. Auch deren Protagonisten auf dem Podium wirkten im Verlauf der etwa zweistündigen Debatte argumentativ überlegen. Grund: Sie traten mit einem klaren Konzept auf.

• [Köpenick, Treptow, Oder-Spree, Dahme-Spreewald](#)

• [Hellersdorf, Hohenschönhausen, Marzahn, Barnim, Märkisch Oderland](#)

Der evangelische Bischof Wolfgang Huber betonte, Religion solle in einer Wahlpflichtgruppe gleichberechtigt neben Ethik, Philosophie, Lebenskunde und Islamunterricht stehen. Unbedingt müsse es einen Ort in der Schule geben, wo Schüler darüber nachdenken könnten, «was man tut und warum man es tut». Es sei ein «Zeichen von Rückschrittlichkeit», dass die Schule in der Hauptstadt diesen Ort nicht kenne. Es dürfe keinen «Vorrang der Ethik vor der Religion geben». Schule müsse Ethik auch «aus der Religion heraus» diskutieren. Biblische Themen zählten zum Erbe unserer Kultur.

• [Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Zehlendorf, Lichtenfelde-West](#)

• [Reinickendorf, Pankow, Weißensee und den Landkreis Oberhavel](#)

• [Spandau und das Havelland](#)

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, bescheiden als «Berliner Bürger und Vater» auftretend, forderte, die Gesellschaft müsse «um ihrer selbst willen nach Tugenden fragen». Ihn bestürze, dass wertvermittelnde Fächer nicht «zur Grundversorgung in den Schulen» gehörten.

• [Neukölln, Steglitz, Tempelhof und den Landkreis Teltow-Fläming](#)

Der katholische Erzbischof Georg Sterzinsky argumentierte, gerade die Minderheit christlicher Schüler, die an einem freiwilligen Religionsunterricht teilnehme, mache deutlich, dass die Mehrheit ein «anderes Fach» für die Wertevermittlung brauche.

Sanem Kleff vom Aktionsbündnis gegen ein Wahlpflichtfach Religion räumte ein, dessen Teilnehmer seien sich lediglich in der Ablehnung eines

bekennenden Religionsunterrichtes einig. Ziel sei es aber, in einer «ergebnisoffenen Diskussion» das so genannte Berliner Modell - freiwilliger Religions- und Lebenskundeunterricht - weiterzuentwickeln. Sie plädierte für eine multireligiöse Wissensvermittlung. Aus dem Publikum wurde ihr «Konzeptionslosigkeit» vorgeworfen.

Wilfried Seiring, Direktor des Ausbildungsinstituts für humanistische Lebenskunde, führte Studien an, die zeigen sollen, dass der Werteverfall unter Jugendlichen nicht so dramatisch sei wie oft angenommen. Er zog eine Parallele zu aktuellen politischen Themen: «Werteverfall stelle ich nicht bei Kindern fest, sondern bei Politikern.» Das Problem unerzogener Kinder seien unerzogene Eltern. «Warum dürfen diese unerzogenen Kinder dann nicht die Chance bekommen, in der Schule erzogen zu werden?», konterte Bischof Huber. Zur Forderung des Aktionsbündnisses nach bleibender Trennung von Staat und Kirche meinte er, in anderen Bundesländer sei dieser Zustand durch Religionsunterricht an Schulen nicht gefährdet.

Die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eveline Neumann, saß im Publikum. Sie sagte, es sei «unverantwortlich», zwei Drittel der Kinder, die derzeit nicht an Religion oder Lebenskunde teilnehmen, «allein zu lassen». Islamunterricht dürfe aber nicht «an die Christen delegiert werden».

Reise, Berlin Live, elektroounge, Anzeigen, Media-Daten, Abo-Service, Kontakt, Home.

© Berliner Morgenpost 2000

Wer sie liest, sieht mehr.

Blickpunkt Politik



SZonNet

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Süddeutsche Zeitung

19.01.00 Berlin-Seite Der Sinn des Lebens

Beim Streit um Ethik- und Religionsunterricht als Pflichtfach in Berliner Schulen hat sich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) für die Vermittlung von moralischen Werten stark gemacht. Schüler bräuchten auch „Orientierungswissen“, sagte Thierse am Montagabend bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. „Menschen müssen lernen, Sinnfragen zu stellen. Bildung ist nicht nur eine technische Frage“, sagte Thierse. An dem Forum zum Thema „Wertbezogene Bildung in der Demokratie“ nahmen auch die Berliner Bischöfe Wolfgang Huber und Georg Kardinal Sterzinsky sowie der neue Schulsenator Klaus Böger (SPD) teil.

Böger hatte die erneute Diskussion um den Religionsunterricht vor kurzem mit der Anregung angestoßen, einen obligatorischen Ethikunterricht einzuführen, bei dem die Schüler keine Freizeitoption mehr hätten. Die Frage soll noch in diesem Jahr entschieden werden.

Der evangelische Bischof Huber sagte, es sei „nicht fortschrittlich, sondern rückschrittlich“, dass die Berliner Schule ein solches Fach nicht verpflichtend anbiete. Er nannte den Religionsunterricht, an dem derzeit nur ein Drittel der Berliner Schüler teilnehmen, „einen Beitrag zur Förderung der Allgemeinbildung“ und verwahrte sich gegen Vorwürfe der Intoleranz gegenüber anderen Religionen im christlichen Religionsunterricht. Ein staatlich verantwortetes Fach Religionskunde, wie es von Gegnern einer Fächergruppe Ethik/Religion

Täglich
Inhaltsverzeichnis
Auswählen

Wöchentlich
Wissenschaft
Auswählen

Service
Leserbrief
Auswählen

booxtra
Hier klicken!

Deutschlandwetter
Mi -3° Do -3° Fr -1°
WetterOnline



Hier klicken!

Blickpunkt Wirtschaft

SZ-Leser
gegen Fritz

SZonNet Extr

Dossier
Flugsicherheit

Buchkritik
Enigalation-Alphazone

Kinokritik
Wiederkehr Senses

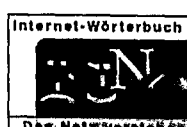
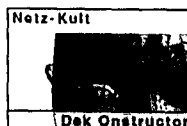
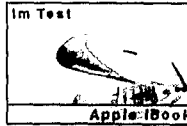
Dossier
Bücherecke Angela

vorgeschlagen wird, sei keine Alternative, weil es dem Grundsatz der Religionsfreiheit widerspreche.

Kardinal Sterzinsky erklärte, dass die christlichen Kirchen sich im Rahmen eines Wahlpflichtfaches auch für muslimischen und jüdischen Religionsunterricht einsetzen würden.

bma

SZonNet: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutscher Verlag GmbH, München



Auch Thierse für Religion als Wahlpflichtfach in Berlin

„Fragen nach Orientierung zählen zur Grundversorgung“ / Unterstützung für Schulsenator Böger

feb. BERLIN, 18. Januar. Der Berliner Schulsenator Böger (SPD) hat bei seiner Haltung zum Religionsunterricht prominente Unterstützung erhalten. Bundespräsident Thierse (SPD) sprach sich während einer Podiumsdiskussion in der Friedrich-Ebert-Stiftung am Montagabend ebenfalls dafür aus, in Berlin eine Fächergruppe mit Religionsunterricht und Ethik oder Philosophie einzuführen. Bisher gilt in der Hauptstadt – abweichend von fast allen anderen Bundesländern – das so genannte „Berliner Modell“, nach dem Religionsunterricht oder Lebenskunde zwar freiwillig belegt werden können, aber nicht zu den Pflichtfächern zählen und für die Versetzung keine Rolle spielen. Böger hatte vor Weihnachten, kurz nach seiner Amtseinführung, mit einer Aussage in einem Zeitungsgespräch eine heftige Debatte hervorgerufen: Er könne sich vorstellen, hatte Böger gesagt, in Berlin eine neue Regelung für den Religionsunterricht zu finden. Damit widersprach er der Linie seiner eigenen Partei, die sich noch in den Koalitionsverhandlungen wenige Wochen zuvor gegen entsprechende Wünsche der CDU erfolgreich gesperrt hatte.

Seither haben die Diskussionen über das Für und Wider des Religionsunterrichts in Berlin einen neuen Höhepunkt erreicht. Vor kurzem gründete sich sogar ein Bündnis gegen die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion, dem etwa zwei Dutzend Verbände, Parteien und Einzelpersonen angehören.

Thierse vertrat nun die Ansicht, dass alle Bildung ihr Ziel verfehle, wenn man auf ein gesondertes Fach verzichte, in dem Sinnfragen gestellt würden. Gerade in Umbruchzeiten wie heute, in denen vieles sich an harten wirtschaftlichen Kriterien orientiere, könne es sich eine Gesellschaft nicht erlauben, auf ein so wichtiges Fach zu verzichten. Für ihn zählten Fragen nach der Orientierung im Leben zur Grundversorgung des Bildungsangebots. Jeder, der das anders sehe, vertrete eine „reaktionäre“ Haltung. Thierse plädierte deshalb, ähnlich wie Böger, für die Einführung eines Pflichtfaches, bei dem der einzelne Schüler allerdings die Wahl haben müsse, sich auch gegen Religion und stattdessen für Ethik oder Philosophie zu entscheiden. Entlang dieser Linie argumentierten auch die beiden Vertreter christlicher Religionen, der Berliner Bischof Huber und Kardinal Sterzinsky,

die ebenfalls für Wahlfreiheit aus einem Bündel von Angeboten plädierten.

Sanem Kleff vom Aktionsbündnis gegen ein Wahlpflichtfach widersprach dieser Ansicht, weil sie die Trennung von Kirche und Staat gefährdet und die kulturelle Vielfalt in Berlin missachtet sah. Der frühere Leiter des Landesschulamts, Seiring, fand andere Vorhaben dringlicher. Böger habe genug damit zu tun, sagte er, den Unterrichtsausfall zu bremsen, die Schulen zu sanieren und die Arbeitszeit der Lehrer zu regeln.

Böger selbst beklagte noch einmal, dass in Berlin derzeit nur die Wahl gebe zwischen freiwilligem Religionsunterricht (oder Lebenskunde) und Freizeit. Er wolle deshalb noch im Jahr 2000 ein Schulreformgesetz dazu verabschieden. Aus der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, die sich bisher strikt gegen diese CDU-Position gewandt hatte, heißt es inzwischen, Böger stehe mit seiner Ansicht nicht allein. Die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eveline Neumann, vermutet jedenfalls, dass es mehr Anhänger des Senators in dieser Frage gibt, als frühere Beschlüsse der Partei erkennen ließen. Allerdings gebe es bisher keine interne Abstimmung dazu, ergänzte sie.

... und sagt dazu kein einziges Wort

Wie über Religion als Wahlpflichtfach diskutiert wird

VON BERND ULRICH

Klaus Böger sitzt in der ersten Reihe. Er sieht zufrieden aus. Es passiert einem Senator schließlich nicht alle Tage, dass er mit einem einzigen Satz ein Lawine auslöst. Der Schulsenator hatte sich in einem Interview dafür ausgesprochen, „ergebnisoffen“ zu diskutieren, ob man in Berlin den Religionsunterricht als Wahlpflichtfach einführen soll. Sonst nichts. Und jetzt das: Mehr als 400 Menschen drängen sich am Montagabend im dialogfreundlichen Rund der Friedrich-Ebert-Stiftung und sind gespannt.

Auf dem Podium sitzen immerhin gleich drei offen gläubige Menschen: der evangelische Bischof Wolfgang Huber, der katholische Georg Kardinal Sterzinsky und der ebenfalls katholische Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Alle drei sprechen sich für die Reform aus: Berlin solle endlich seinen Sonderstatus aufgeben. Die Schüler dürfen dann nicht länger zwischen einem, noch dazu unbenoteten, Religionsunterricht und der Freizeit wählen, sondern zwischen benotetem Religionsunterricht und ebenfalls versetzungsrelevantem Ethikunterricht. Thierse Hauptargument: „Wir müssen gleiches Gewicht auf ethisches Orientierungswissen legen wie auf den Umgang mit dem Computer und das Erlernen von Fremdsprachen.“

Dass die Kirchen dazu besonders geeignet sind, bestreiten selbstverständlich die beiden Gegner des Religionsunterrichts. Ideologiekritisch tritt Sanen Kleff auf, die Vertreterin des „Aktionsbündnisses gegen ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht in Berlin“. Die Länge des Namens dokumentiert trefflich die Breite des Bündnisses, das von Freunden, PDS, Grünen und Sozialdemokraten getragen wird. Sanen Kleff findet es nicht einsichtig, dass Menschen Religionsunterricht erteilen dürfen, die sich selbst

zum Glauben bekennen. „Die Kirchen sollen nur den bekennenden Teil übernehmen“, und zwar außerhalb des Lehrplans. Ein Vorschlag, den Thierse „reaktionär“ findet und mit dem Ausruf quittiert: „Keine Religion ohne Konfession.“

Der zweite Gegner des Religionsunterrichts, der ehemalige Leiter des Landeschulamtes Wilfried Seiring, nimmt sogleich den unzweifelhaft stärksten Standpunkt ein, den des Pragmatikers, der auf die Kosten achtet. Ethik solle in einem verbesserten Sozialkundeunterricht mitvermittelt werden, dafür brauche man keinen teuren, neuen Religionsunterricht. Der „Glaube an diesen oder jenen Gott“ sei für die Werteverziehung nicht ausschlaggebend. Im übrigen, so rechnet Seiring vor, liege es mit der Werthaltung der Schüler nicht so im Argen. Nur vier Prozent litten an einem verminderten Selbstwertgefühl. Wieviele Schüler an einem überhöhten Selbstwertgefühl leiden, sagt er allerdings nicht.

Die Sympathien des Publikums liegen recht eindeutig bei den Befürwortern einer Reform. Entsprechend konzentriert sich Sanen Kleff darauf, eine möglichst ausgiebige Dauer-Debatte über die Reform zu fordern – den berüchtigten „breitangelegten Dialog“. Der politisch versierte Bischof Huber ist da ungeduldiger: „Wir diskutieren seit zehn Jahren. Wir wollen jetzt Taten sehen.“

Starke Überzeugungen und ein ungeduldiger Reformwille auf der einen, viel Zeit und wenig Geld auf der anderen Seite – diese Konstellation wird wohl den weiteren Verlauf der Debatte begleiten. Der Senator, der sich in seinem Eingangsbeitrag betont überparteilich gab, behauptete, er habe eine Position, sagte aber nicht welche. Nur in einer Frage war er entschieden, vielleicht in der wichtigsten: „Die Entscheidung muss noch in diesem Jahr fallen.“

Nach zehn Jahren Hin und Her soll nun endlich entschieden werden

Bundestagspräsident für Wahlpflichtfächer Religion und Ethik

Wolfgang Thierse unterstützt Positionen der christlichen Kirchen / Gegner fordern einen offenen Dialog

VON MARLIES EMMERICH

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und der Bischof der Evangelischen Kirche in Brandenburg, Wolfgang Huber, haben am Montagabend am entscheidenden dafür plädiert, dass alle Berliner Schüler möglichst bald entweder in Religion oder im Fach Ethik und Philosophie unterrichtet werden. Diese Forderung erhebt die CDU seit mehreren Jahren. Bei der von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Diskussion „Wertebegone Bildung“ bezeichnete Thierse die Positionen des „Aktionsbündnisses gegen ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht“ als „reaktionär“ und „schlicht konservativ“. „Bestürzt“ zeigte sich Thierse darüber, dass das Bündnis aus seiner

Sicht Themen zu Sinnfragen des Lebens nicht zur schulischen Grundversorgung rechne. Huber nannte es ein Zeichen von „Rückschrittlichkeit“, dass Berlin als einziges Bundesland Religion nicht als reguläres Unterrichtsfach anbiete. Kritiker, die Werteverziehung als Auftrag für alle Fächer sehen, hielt Huber entgegen, dass dann der Deutschunterricht abgeschafft werden könne, weil in allen Fächern Deutsch zum kulturellen Wissen, „ob und wann die Heiligen Drei Könige nach Hause kamen. „Kainmal“ oder „Sodom und Gomorha“ sind auch nach Ansicht von Sanen Kleff, Vertreterin des Aktionsbündnisses, Begriffe, deren Herkunft junge Leute erklären müssten. Allerdings sollte gleichberechtigt Kenntnisse

über jüdisches oder muslimisches Leben vermittelt werden. Schließlich seien 24 Prozent der Berliner Kinder ausländischer Herkunft, nur ein Drittel der Schüler würde den freiwilligen Religionsunterricht besuchen. Bruno Osuch vom Humanistischen Verband warf den Kirchen vor, den Staat zur Lösung ihrer Mitgliederkrise zu missbrauchen. Der ehemalige Landeschulamtsleiter Wilfried Seiring bezweifelte angesichts sozialer und moralischer Verwerfungen in Gesellschaft und Familie, ob sich in der Schule alle Probleme lösen ließen.

In der teilweise erregten Diskussion erztänderte sich vor allem der Streit darüber, wie und in welchen Fächern Werteverziehung eine Rolle spielen sollte. Das „multikulturelle“ Modell wertete der evangelische Bi-

schof als „anstrengende Lebensform“ und als „überhaupt nicht leistungsfähiges Konzept“. Unterstützung bekam Huber vom katholischen Erzbischof, Georg Kardinal Sterzinsky: „Wir wollen als christliche Kirche keine Monopolstellung, sondern Pluralismus der verschiedenen Religionen und Weltanschauungen.“ Bereits eingangs hatte Schulsenator Klaus Böger (SPD) dafür plädiert, noch dieses Jahr die Form des freiwilligen Religionsunterrichtes zu ändern. Angesichts der verschiedenen Standpunkte plädierten die neue schulpolitische Sprecherin der SPD, Eweline Neumann, und mehrere Lehrer für einen offenen Dialog. „Wir wollen nach zehnjährigem Auf-der-Stelle-Treten Taten sehen“, sagte dagegen Huber.

Belegexemplar

„Wir wollen Taten sehen“

Ende der Debatte um Religionsunterricht in Berlin nicht absehbar

Berlin (KNA-Korr.) Das Thema Religionsunterricht in Berlin schien nach den Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD politisch abgehakt zu sein. Die Christdemokraten hatten sich mit der Forderung nicht durchsetzen können, ordentliche Unterrichtsfächer „Religion“ und „Ethik“ an der Schule einzuführen. Doch der sozialdemokratische Schulsenator Klaus Böger belebte die Debatte mit der eher beiläufigen Bemerkung wieder, er könne sich einen Wahlpflichtbereich „Religion/Ethik“ an der Schule vorstellen. Am Montagabend diskutierten die Kontrahenten in der Friedrich-Ebert-Stiftung erneut - mit alten Argumenten.

Neu allerdings war die prominente Unterstützung, die die Kirchen bei ihrer Forderung nach einer Gruppe mit ordentlichen Lehrfächern „Religion“ und „Ethik/Philosophie“ erhielten: Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sprach sich energisch dafür aus, auf diese Weise „Orientierungswissen“ in den Kanon der Berliner Schule zu integrieren. Mit scharfen Worten griff der SPD-Politiker und Katholik das nach dem Vorstoß Bögers gegründete „Aktionsbündnis gegen ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht in Berlin“ an, zu dem auch Parteifreund Walter Momper gehört. Die Meinung des Aktionsbündnisses, dass die Fächer „Religion“ und „Ethik“ nicht zur schulischen Grundversorgung gehörten, sei „reaktionär“, so Thierse. Er warf dem Bündnis vor, an einer Regelung in Berlin festhalten zu wollen, die sich nicht bewährt habe.

Doch darin sind sich die Mitglieder des Bündnisses nicht einig: Die einen wollen am „Berliner Modell“ festhalten, nach dem Religionsunterricht in alleiniger Verantwortung der Kirchen auf freiwilliger Basis erteilt wird. Wer nicht daran teilnimmt, hat eine Freistunde, sofern er nicht den weltanschaulichen Lebenskundeunterricht des Humanistischen Verbandes besucht. Andere plädieren für ein einheitliches staatliches Pflichtfach für alle nach dem Vorbild von „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER) in Brandenburg. Die Kirchen hingegen bestehen auf einem eigenständigem konfessionellem Religionsunterricht. Nach ihrem Modell soll er im Rahmen einer verpflichtenden Fächergruppe mit „Ethik“ und möglicherweise islamischem und jüdischem Religionsunterricht erteilt werden. Die Schüler sollen zwischen den Fächern wählen. Keineswegs wollten die Kirchen ein Pflichtfach Religion oder strebten eine Monopolstellung an, erklärten der evangelische Bischof Wolfgang Huber und der katholische Kardinal Georg Sterzinsky.

Angesichts der entgegengesetzten Positionen plädierten denn auch bei der Veranstaltung mehrere Teilnehmer für einen „offenen Dialog“ - neben dem Aktionsbündnis auch SPD-Parlamentarier und der Schulsenator. Sichtlich genervt von diesem ausgeprägten Gesprächsbedürfnis konterte Bischof Huber: „Wir wollen Taten sehen.“ Das Thema sei „durch und durch diskutiert“. Nach zehnjährigem „Auf-der-Stelle-Treten“ solle die Diskussion nicht neu begonnen werden. Die politische Entscheidung der Frage liegt ohnehin beim Abgeordnetenhaus, denn für eine Neuregelung ist eine Schulgesetzänderung erforderlich. Während die CDU-Fraktion dafür ist, herrscht beim Koalitionspartner SPD offenbar noch Klärungsbedarf. Doch SPD-Parlamentarier aus dem Abgeordnetenhaus saßen leider nicht auf dem Podium.

Wolfgang Wagner (KNA)
(NO-200000082 – Funk voraus am 18.1.)

Thierse für Fächergruppe „Religion/Ethik“ in Berlin

Berlin, 20.1.2000 (KNA) Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat sich für die Einführung einer Fächergruppe mit Religionsunterricht und „Ethik/Philosophie“ an der Berliner Schule ausgesprochen. Wenn dieser Unterricht nicht zur Grundversorgung gehöre, verfehle die Schule ihren Bildungsauftrag, sagte Thierse in Berlin bei einer Diskussion in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Orientierungswissen müsse in den Kanon der Berliner Schule integriert werden. In einer Phase dramatischer Veränderungen könne es sich die Gesellschaft nicht leisten, auf die Sinnfrage zu verzichten. Er frage sich, warum etwa Mathematik und Englisch Pflichtfächer seien, aber ein Fach für Orientierungs- und Sinnfragen „ausgerechnet kein Pflichtfach sein darf“. Der SPD-Politiker stellte sich hinter die Forderung der Kirchen.

Der evangelische Berliner Bischof Wolfgang Huber forderte eine schnelle Neuregelung des wertorientierten Unterrichts. Nach zehnjährigem „Auf-der-Stelle-Treten“ dürfe die Diskussion nicht wieder von vorne beginnen. Es sei ein Zeichen von „Rückschrittlichkeit“, dass die Hauptstadt einen Ort für Auseinandersetzung über Sinnfragen in der Schule nicht kenne. Huber betonte, die Kirchen wollten kein Pflichtfach „Religion“, sondern eine Gruppe von gleichberechtigten Fächern, zwischen denen sich die Schüler frei entscheiden könnten. Auch der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky erklärte, die Kirchen wollten in der Schule keine Monopolstellung einnehmen. Der Pluralismus solle durch die Fächergruppe gewahrt werden. Die Sorge der Kirche erstreckte sich auch auf diejenigen, die nicht zu ihnen gehörten. Auch diesen zwei Dritteln der Schüler müsse ein Angebot gemacht werden.

Berlins Schulsenator Klaus Böger (SPD) plädierte für eine Änderung des „Berliner Modells“, nach dem Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in eigener Verantwortung Unterricht auf freiwilliger Basis erteilen. Er beklagte, derzeit stehe den Angeboten der Kirchen und des Humanistischen Verbandes lediglich die Freistunde gegenüber. Er hoffe, im Rahmen der Änderung des Schulgesetzes zu einer neuen Regelung zu kommen. Sanem Kleff vom „Aktionsbündnis gegen ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht in Berlin“ warf Böger vor, keinen Raum für Diskussionen über die Zukunft der Wertevermittlung gelassen zu haben. Das Bündnis wende sich gegen Bögers Vorschlag eines Wahlpflichtfachs und wolle einen offenen Dialog. Der Berliner Landesvorsitzende des Humanistischen Verbandes, Bruno Osuch, sagte, der Staat dürfe nicht dazu benutzt werden, die Probleme der Kirchen zu lösen, denen die Mitglieder wegüelien. (NO-200000083 – Funk voraus am 18.1.)

Bündnis gegen Religionsunterricht gründet „Dialogforum“

Berlin, 20.1.2000 (KNA) Das „Aktionsbündnis gegen ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht in Berlin“ will am Montag ein „Dialogforum zur Zukunft wertbezogener Bildung“ in der Schule gründen. Dem Forum sollten Vertreter der Parteien, der Senatsschulverwaltung, der schulischen Mitbestimmungsgremien, von Verbänden sowie von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften angehören, teilte das „Aktionsbündnis“ in Berlin mit. Das Forum solle „möglichst breit getragene“ Vorschläge an Senatsschulverwaltung und Abgeordnetenhaus erarbeiten. Vor allem die Kirchen und die CDU seien zur Mitarbeit eingeladen. Die schulpolitischen Sprecher von SPD, PDS und Bündnisgrünen sowie der Landesschulbeirat hätten ihre Mitwirkung bereits zugesagt. (NO-200000078 – Funk voraus am 17.1.)

RELIGIONSUNTERRICHT *Auf einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mussten die Berliner Bischöfe Informationslücken schließen*

Vom Umgang mit den Werten

VON SABINE SCHRÖDER

BERLIN - Was als eine Diskussionsveranstaltung über den Beitrag der Schule zur Wertevermittlung gedacht war, geriet zu einer untreiwillingen Nachhilfestunde in Sachen Religionsunterricht. Am vergangenen Montag hatte die Berliner Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wertebezogene Bildung in der Demokratie. Was soll, was kann Schule leisten?“ eingeladen.

An der Veranstaltung nahmen neben den Berliner Bischöfen, Wolfgang Huber und Georg Kardinal Steiznisky, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die stellvertretende „GfW“-Landesvorsitzende Samen Kleff als Vertreterin eines „Aktionsbündnisses gegen ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht in Berlin“ und der Direktor des Ausbildungsinstituts für Humanistische Lebenskunde, Wilfried Seuring, teil.

Weiterziehung allein sei nicht ausreichend, mahnte Huber. Es sei „ein Ausweis der Rückständigkeit der Berliner Schule“, dass sie keinen Ort kenne, an dem über den Umgang mit ethischen Werten, über Tugenden und Verbahnen nachgedacht wird. Um diesem Mangel abzuhelfen, fordern die Kirchen die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion im Rahmen einer Fächergruppe, die auch Ethik- und Philosophie-Unterricht einschließt. Beide Bischöfe mussten mehrfach klarstellen, dass die Kirchen keineswegs eine Religionspflicht an öffentlichen Schulen einführen wollen. Religionsunterricht solle im Rahmen



Diskussionsveranstaltung. Viele Fragen zum Religionsunterricht galt es im vollbesetzten Atrium des Hauses der Friedrich-Ebert-Stiftung zu klären. FOTO: WOLFGANG PRINZ

einer Gruppe von gleichberechtigten Fächern erteilt werden, zwischen denen Schüler frei wählen können, um sich für ein Fach bindend zu entscheiden. Konfessioneller Religionsunterricht, so Bischof Steiznisky, sei ökumenisch ausgerichtet und schließe Informationen über andere Religionen, wie Buddhismus und Islam, ein. Über die Bedeutung dieses Aspektes waren sich die Bischöfe mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse einig: „Man muss andere Überzeugungen kennen, um Toleranz zu üben.“

Ort der Mission bleibe die christliche Gemeinde, betonte Huber in dem Bemühen, Bedenken der Veranstaltungsteilnehmer zu zerstreuen, die Kirchen würden mit der Neuordnung des Religionsunterrichtes einen Versuch religiöser Indoktrination an den Berliner Schulen unternehmen. Unterstellungen dieser Art ebenso wie der Vorwurf, die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Kirche würde beschädigt, wurden von dem im Dezember vergangenen Jahres gegründeten „Aktionsbündnis“ erhoben. Dieses fordert die Einrich-

tung eines „Runden Tisches“, um über die Zukunft des Religionsunterrichtes in Berlin zu diskutieren. Da dem Bündnis jedoch jegliches Konzept fehle, es nach Bekunden von Samen Kleff allein ein „Aktionsbündnis gegen ...“ ist, wird es kaum Bewegung in die festgefahrene Debatte bringen können.

„Die Irreführungen der Öffentlichkeit müssen ein Ende haben“, forderte Bischof Huber. Seit zehn Jahren trete Berlin in Sachen Religionsunterricht auf der Stelle. „Wir wollen endlich Taten sehen.“ Dazu waren sich alle einig.

